

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1928

21.6.1928 (No. 170)

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2,80 Mk. frei ins Haus, 2,70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2,50 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pf. Samstag und Sonntag 15 Pf. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsabschluss. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei
Erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung
Belagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familienkreis, Was der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendzeitung, Kultur, Klebrschablone, Illustrierte Woche, Geschäftliche, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21
Verlag: Geschäftsstelle 6236, Redaktion 6236, Verlag 6237, Druckadresse: Beobachter, Postfachkonto: Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pf., auswärts 12 Pf., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pf. die 4 gesp. 65 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 40 Pf., Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsverweigerungen, zwangsweise Eintreibung od. Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 1/2 Uhr

Nr. 170 (10 Seiten)

Karlsruhe, Donnerstag, den 21. Juni 1928

66. Jahrgang

Einzug der Ozeanflieger in Berlin

Der Abschied von Bremen

Bremen, 20. Juni. Die „Bremen“-Flieger setzten heute morgen um 10.15 Uhr mit dem Zunftersflugzeug „Europa“ ihre Reise nach Berlin über Hamburg fort. Die „Europa“, die Hauptmann Köhl steuerte, startete um 10.10 Uhr und machte noch einige Schleifenflüge über dem Flugplatz. Das Flugzeug wurde begleitet von einer Vorstaffel von 6 bis 8 Flugzeugen und einer Nachstaffel in gleicher Größe. Fünf Minuten später erhob sich das große Verkehrsflugzeug „Hermann Köhl“ der Luft Hansa mit den Angehörigen der Flieger an Bord zur gleichen Fahrt nach Hamburg. Die zusammengeströmte Menge brachte den Fliegern schon bei ihrer Ankunft auf dem Flugplatz die herzlichsten Ovationen dar. Die Flieger gingen sofort zum Flugzeug und bestiegen es nach kurzer Untersuchung. Köhl und Fitzmaurice nahmen vorn, v. Hünefeld hinten im Flugzeug Platz. Zuvor ein offizieller Akt der Verabschiedung erfolgte nicht. Die „Europa“ flog zunächst nach Hamburg, wo eine Zwischenlandung erfolgte.

Zwischenlandung in Hamburg

Hamburg, 20. Juni. Programmäßig um 11 Uhr erfolgte die Zwischenlandung der „Bremen“-Flieger in Hamburg. Auf dem Flugplatz hatten sich Tausende eingefunden. Nach kurzer Begrüßung an der Maschine wurden die drei Piloten vor das Mikrofon geleitet, worauf als erster Bürgermeister Köhl Worte der Begrüßung an sie richtete, auf die Hauptmann Köhl kurz erwiderte. Direktor Voeger von der Hamburg-Amerikaner Linie sprach seine Freude darüber aus, daß es ihm vergönnt sei, die Flieger zu begrüßen. Er betonte das große Interesse der Städte und ihrer Reedereien an der Tat der Flieger. Freiherr v. Hünefeld dankte für die Begrüßung. Noch während der Ansprachen hatte das Publikum die Polizeifreien durchbrochen und ergoß sich über den Flugplatz. Es war den Polizeibeamten nicht möglich, das Publikum zurückzudrängen, so daß die Flieger und die sie umgebenden Ehrengäste vollkommen eingekreist waren. Nur mit Mühe gelang es, den Fliegern einen Weg zur Halle zu bahnen. Kurz nach 12 1/2 Uhr startete die „Europa“ zum Weiterflug nach Berlin, während die Begleitstaffeln bereits 10 Minuten vorher aufgestiegen waren.

Die Ankunft auf dem Berliner Flughafen

Flughafen Tempelhof, 20. Juni. Die Zuschauerplätze sind über und über besetzt. Gewaltige Massen stauen sich außerhalb der Umzäunung des Flugplatzes. 40 Flugzeuge sind der „Europa“ entgegengeflogen. Ein verspätetes Eintreffen der Flieger wird gemeldet. Eine Reichswehrkapelle spielt. Die Ehrenkompanie ist aufmarschiert. U. a. treffen ein: Oberbürgermeister Böß, Vizekanzler Hergt.

Ueber 20 Flugzeuge kreisen über dem Platz. Japanisches Tagesfeuerwerk wird abgebrannt.

Die „Europa“ rollt 2.16 Uhr auf den Empfangsplatz zu. Unter ungeheurer Jubel hält das Flugzeug. Köhl verläßt das Steuer, von Hünefeld und Fitzmaurice folgen. Der Ehrensalut wird gelöst. Der Jubel dauert an. Die Kinooperatüre arbeiten. Auf dem Rednerpodium werden die Flieger durch ein junges Mädchen bewillkommnet und mit Blumen beschenkt unter der Anrede „Onkel Köhl Onkel Fitzmaurice, Onkel Hünefeld“, dann vom Vizekanzler Hergt im Namen des Reiches begrüßt. Oberbürgermeister Böß spricht im Namen der Reichshauptstadt. In seiner Begrüßungsansprache sagte

Vizekanzler Hergt

u. a.: Im Namen der Reichsregierung und zugleich im Namen der preussischen, bayerischen und württembergischen Regierung heiße ich Sie, meine Herren Köhl, Fitzmaurice und Freiherr v. Hünefeld, in der Hauptstadt des Deutschen Reiches willkommen. In atemloser Spannung ist das deutsche Volk Ihrem Fluge gefolgt, auf dessen Bahnen schon so viele fühne Männer ihr Leben gelassen haben. Je tiefer wir vom

Schicksal getroffen sind, um so höher schlagen unsere Herzen, wenn tapfere Pioniere des Deutschtums vor der Welt beweisen, daß wir ungebeugt im Völkerwettbewerb um die großen Kulturfortschritte unseren Mann zu stehen wissen. Mit Stolz und Freude erleben wir nun die Heimkehr unserer Landsleute und den Besuch ihres vortrefflichen irischen Gefährten, der mit ihnen in Stunden höchster Gefahr und höchsten Glücks zum Kameraden auf Tod und Leben verwachsen ist. Wenn wir heute Ihren Flug als die erstmalige Begewingung des Ozeans von Ost nach West feiern, so wollen wir zugleich Derer gedenken, die in west-östlicher Richtung den Weg über das Meer gefunden haben. Auf deutschem Boden, hier auf diesem Platz, konnten wir im vorigen Jahre den hervorragenden amerikanischen Flieger Chamberlin begrüßen. Jetzt haben Sie dem amerikanischen Volke unter den schwierigsten Verhältnissen den Gegenbesuch geleistet, und mit Genugtuung stellen wir fest, daß beide Flüge die Gefühle gegenseitiger Achtung und Freundschaft zwischen den beiden Völkern nur haben stärken können. Durch Ihre Tat dienten Sie so dem Gemeinschaftsleben der Völker. Mit Stolz dürfen wir aussprechen, daß Sie mit deutschem Flugzeug und deutschem Motor Ihre Tat vollbracht haben, und es ziemt sich wohl, auch der Tätigkeit jener Konstrukteure und Arbeiter zu gedenken, die unter Leitung von Prof. Junkers Ihnen das geeignete Werkzeug geschaffen haben. Sie Drei, meine Herren, sind durch ein außerordentliches Erlebnis miteinander verbunden und Ihre Namen werden in der Geschichte des Flugwesens für alle Zeiten rühmend genannt werden. Auch bewegten Herzen dürfen Sie sich mit uns zu der Feier vereinigen, die Ihnen das deutsche Volk bereitet. Wenn Sie der Jubel umbraust, so wollen Sie daraus die Gewissheit entnehmen, daß unser Volk nie aufhören wird, die Männer vor Allen zu ehren, die eine mutige Tat höher stellen als ihr Leben, und damit nochmals: Seien Sie aufs herzlichste willkommen!

Reichspräsident Ebert, die Botschafter Englands und Amerikas, begrüßen die Flieger persönlich. Inzwischen sind auch die Damen der Flieger dem Flugzeug „Hermann Köhl“ entstiegen. Der Botschafter Großbritanniens spricht Willkommensworte zu den Fliegern in deutscher Sprache. Die großbritannische Symphonie erklingt. Auch der Botschafter Amerikas nimmt das Wort, ebenfalls auf deutsch. Die Musik spielt das amerikanische Nationallied. Brausender Beifall folgt den Ansprachen.

Dann dankt

Köhl

im Namen der Flieger. Er kommt vor Bravos und Jubel zuerst kaum zu Wort. Er liebe Berlin, über dem er so oft nächstens im Flugzeug geschwebt habe. Er und seine Begleiter kehren aus dem sportbegeisterten Amerika zu einem ungeahnten und unbewachten Empfang zurück. (Widerspruch.) Sie hätten ihre Aufgabe unternommen im Vertrauen auf deutsche Arbeit und aus Liebe zur Heimat. Sie dankten Gott, dem Allmächtigen, für das Gelingen des Unternehmens und brachten heiße Grüße aus Amerika und von den Deutschen Amerikas. Er dankt besonders dem amerikanischen Botschafter für das, was Amerika den Fliegern gegeben habe. Möge die Brücke durch die Luft von Deutschland nach Amerika, die über Irland führt, dessen besten Piloten er bittet, (Surren), immer mehr sich festigen. Das wolle Gott! (Stimmer wiederholter Beifall.) Wieder wird „Deutschland über alles“ gesungen. Nun nimmt

Fitzmaurice

das Wort auf englisch. Er dankt für den wundervollen Empfang in Berlin und endet auf deutsch mit „Herzlichsten Dank!“ Auch seinen Worten folgt anhaltender Beifall.

Baron v. Hünefeld

schließt sich Köhl an darin, daß es fast zuviel sei, was ihnen geboten werde. Er begrüße

herzlich als erfreuliches Symbol, daß ihnen die Blumen überreicht seien von der kleinen Tochter des Ministerialdirektors im Reichsverkehrsministerium, Brandenburg, der selber Pour le mérite-Flieger sei. Die Vaterlandsliebe der Bürger der Vereinigten Staaten überbrücke drüber die Parteien. Er als Parteipolitiker sage, er habe in den Vereinigten Staaten gelernt, glücklich zu sein, an einem Werke mitzuwirken, das außenpolitisch sich auswirke. Gebrut habe er sich, daß in Bremen Stahelmu- und Reichshanner-Deputationen zur Begrüßung erschienen seien. „Wir wollen das Vaterland ehren, lieben und schätzen, ohne Unterschied der Partei, wenn der Ruf ergeht, hoch Deutschland!“

Zum dritten Mal erklang das Deutschlandlied. Unter stürmischen Rundgebungen erfolgte dann die Rundfahrt der Flieger im Auto an den Reih der Publikumsentlang. Die Sitze der Flieger im Auto sind so hoch angebracht, daß sie von allen Seiten gut zu sehen sind. Die Autos sind mit Kränzen und Blumen überladen. Auch auf die „Baugäste“ wird die Rundfahrt ausgedehnt.

Triumphfahrt durch Berlin

Nachdem die Flieger in der Westhalle der Luft Hansa einen Imbiß eingenommen hatten, erfolgte ihre Abfahrt in bereitgestellten Autos. Wiederum wurden ihnen von der Menge lebhafteste Suidigungen dargebracht. Die Rundfahrt durch die Stadt gestaltete sich zu einem Triumphzug. Viele Häuser hatten geflaggt und Blumensträuße angelegt. Die Bürgersteige waren von Menschenmassen dicht besetzt. Ununterbrochen begleiteten die Flieger Schreie von jung und alt.

Während der Empfangsfeierlichkeiten auf dem Tempelhofer Feld waren zahlreiche Zuschauer von Ohnmacht befallen worden, so daß die Samariter alle Hände voll zu tun hatten.

Empfang in der Reichskanzlei

Nach der Begrüßung auf dem Tempelhofer Feld empfingen sie Reichskanzler Dr. Marx und Frau Marx im Kanzlerpalais zum Tee. Der Reichskanzler und Frau Marx begrüßten sie besonders herzlich bei ihrer Ankunft im Kanzlerhaus auf dem Wilhelmplatz. Dort hatten sich zahlreiche Mitglieder des Reichsministeriums mit ihren Gemahlinnen, darunter der Vizekanzler Hergt, die Minister von Reubell, Gröner, Schädel u. a., mehrere Mitglieder des preussischen Kabinetts, der amerikanische Botschafter, sowie die hohen Beamten sämtlicher Ministerien eingefunden. Als die Flieger das Kanzlergebäude wieder verließen, wurden sie mit brausenden Zurufen der Menge geehrt.

Proviandversorgung für Mobile erglückt

Oslo, 20. Juni. Die italienische Gesandtschaft in Oslo hat von der „Citta di Milano“ eine Meldung erhalten, nach der es dem italienischen Flieger Maddalena geglückt ist, Proviand in das Lager Mobiles abzuwerfen.

Vorerst kein Zeppelin-Fernflug nach Californien

Friedrichshafen, 20. Juni. Vom Luftschiffbau Zeppelin wird mitgeteilt: Die Mitteilung, daß mit dem „Z 127“ ein ununterbrochener Flug nach Kalifornien geplant sei, entspricht nicht den Tatsachen. Wohl hat der Bürgermeister von Long Beach eingeladen, diese Stadt gelegentlich der für diesen Sommer geplanten Luftfahrt ausstellung mit dem „Z 127“ zu besuchen; aber diese Einladung konnte mit Rücksicht auf bereits feststehende andere Pläne vorerst nicht angenommen werden.

Das Kardinalproblem

Wie gelangen wir zu stabilen Regierungsverhältnissen?

In manchen, ernsthaft gerichteten politischen Kreisen Deutschlands neigt man heute immer mehr zu der Ansicht, daß eine stabile und stetige Regierungspolitik nur dann hinreichend gesichert sei, wenn die Regierung selbst in sachlicher Hinsicht unabhängiger wäre vom Zusammenhalt der Koalition, die sie schuf, und wenn gesetzliche Maßnahmen vorhanden wären, die die Mißtrauensvotierung erschweren und die unerwünschten und meist auch unverhältnismäßigen Folgen zufälliger Abstimmungs-niederlagen ausschließen könnten. Ob das Mittel richtig ist, ob es nicht auch anders möglich wäre, die Regierungspolitik zu stabilisieren, soll hier unerörtert bleiben. Wir wollen für heute unterstellen, daß Maßnahmen angebotener Art unumgänglich sind und uns in dieser Annahme an der allgemeinen Diskussion beteiligen. Bevor wir auf die Vorschläge eingehen, die in dieser Hinsicht von den verschiedensten Seiten her schon gemacht worden sind, sei bemerkt, daß für uns Regelungen ganz indiskutabel sind, die auf irgend eine Art von Restauration hinauslaufen, die mithin weiter nichts sind, als verfestete Verjüchere, den auf Klassenprivilegien aufgebauten Obrigkeitstaat wiederherzustellen. Das Feldgeschrei der Deutschnationalen im letzten Wahlkampf, ihre Forderung nach Abschaffung des Art. 54 der Reichsverfassung und nach fast unumschränkter Gewalt des Reichspräsidenten ist ein solcher Versuch der Rückentwicklung, den wir ablehnen. Verschiedene andere Vorschläge gehören sachlich in den von uns gesteckten Rahmen des positiven Verfassungsausbaus. Doch scheinen sie uns zum Teil so wenig praktisch zu sein, daß ihre kurze Anführung genügt.

Der Bonner Professor Graf zu Dohna hat beispielsweise vorgeschlagen, man möchte dem Artikel 54, der bestimmt, daß die Reichsregierung vom Vertrauen des Reichstags abhängt, einen Zusatz geben der Art, wie ihn der entsprechende Paragraph der preussischen Verfassung enthält, und der etwa lauten sollte: „Die Verpflichtung zum Rücktritt besteht nicht, wenn der Reichspräsident von seiner Befugnis, den Reichstag aufzulösen, Gebrauch macht.“ Diesen Vorschlag können wir nicht unterstützen, weil er — schon die „Kölnische Zeitung“ wies darauf hin — die „Stetigkeit der Regierung nur auf Kosten des Parlaments erkaufen will“. Die praktische Folge würde nur die sein, daß entweder das Parlament aus Furcht vor der Neuwahl nicht das tut, was es in seiner Mehrheit für richtig hält, oder daß Neuwahlen stattfinden könnten, deren Aufwand in keinem Verhältnis zum Grunde der Auflösung stehen würde. Auch den an das Städterecht sich anlehenden Vorschlag des Philosophen Horneffer, der zwar das Vertrauen des Reichstags bei der Regierungsbildung für erforderlich hält, aber verlangt, daß die einmal gebildete Regierung dann für die ganze Dauer der Legislaturperiode, unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit sich die Mehrheitsverhältnisse ändern oder nicht, im Amte bleiben müsse, scheint manchen mit dem parlamentarischen Gedanken nicht vereinbar zu sein.

Viel beachtenswerter ist eine Anregung, die die „Kölnische Zeitung“ am vergangenen Sonntag gab. Das Blatt möchte die Regierung gegen zufällige Mißtrauensvoten dadurch sichern, daß für ein Mißtrauensvotum dieselbe qualifizierte Zweidrittel-Mehrheit nothwendig sein soll, wie bei den Verfa-

In Kürze

Einem Newporfer Blatte zufolge ist die Nominierung Hoover zum republikanischen Präsidentschaftskandidaten gegen den Wunsch der Newporfer Großbanken erfolgt.

Ministerpräsident Held hat dem Präsidenten des bayerischen Landtages schriftlich den Rücktritt des gesamten bayerischen Ministeriums mitgeteilt.

Reichspräsident v. Hindenburg nimmt an der Eröffnung der Strecke Hannover-Beine (Hildesheim) des Mittelkanals teil.

Am Dienstag abend wurde in Andernach, im Kreise Mayen, und in der Boreiereifel ein-mehrere Sekunden dauernder Erdstoß ver-büurt, der von donnerartigem Getöse be-gleitet war.

Rückzugsgesetz der Volkspartei

Im Reich

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 20. Juni.

jungsänderungen. Wir vertreten nicht, daß dieser Vorschlag, wenn er Gesetz würde, ein sehr wirksames Mittel gegen Zufallsabstimmungen und deren unerwünschte Folgen sein würde. Wir möchten wünschen, daß dieser Vorschlag von allen maßgebenden Politikern einmal ernsthaft erwogen würde. Wir sind nur nicht damit einverstanden, daß für ein Misstrauensvotum genau dasselbe Zahlenverhältnis erforderlich sein soll wie für eine Verfassungsänderung. Und zwar aus psychologischen Gründen nicht. Wir halten es für besser, daß man im Volke auch weiterhin eine Verfassungsänderung als den unbedingt schwerwiegendsten Akt politisch-parlamentarischer Betätigung einschätzt, und daß diese Einschätzung auch rein technisch in den Bestimmungen über seine Herbeiführung zum Ausdruck kommt. Wenn man das Problem wie die „Kölnische Zeitung“ nur mathematisch lösen will, müßte man zwischen den Abstimmungszahlen einer Verfassungsänderung und denen eines Misstrauensvotums einen prinzipiellen Unterschied machen.

Aber muß das Problem denn durchaus nur mathematisch gelöst werden? Wie wäre es, wenn man versuchen würde, den eingangs verlangten Effekt dadurch zu erzielen, daß man neben dem Reichstag eine in den modernen Bedürfnissen angepasste zweite Kammer setzt? Wir wissen, daß große Teile unseres Volkes, namentlich die sozialdemokratisch denkenden Massen dem Zweikammersystem abhold sind, weil sie befürchten, die neue Kammer würde den bevorzugten Schichten der früheren Zeit wieder zu einer ungebührlichen Machtfülle verhelfen. Selbstverständlich müßte diese Möglichkeit absolut sicher ausgeschlossen werden. Daß ein Oberhaus in der Art des Preussischen Herrenhauses nicht wiederkehren darf, versteht sich von selbst. Auch die rein berufsständische Fundamentierung scheint uns wegen der verschiedenartigen Lage der Interessenten nicht zweckmäßig. Uns will scheinen, daß man das alles ohne große Schwierigkeiten verhindern könnte. Wenn die Mitglieder der neuen Kammer zu einem Drittel in direkter Wahl gewählt, zum zweiten von den Landtagen und, in Preußen, von Provinzialparlamenten bestimmt und zum letzten von den einzelnen Regierungen ernannt würden, wäre nach unserem Dafürhalten eine Wiederkehr eines überlebten, reaktionären und wesentlich auf Besitzprivilegien berechneten Oberhaustyps nicht möglich. Wenn man außerdem für die frei zu wählenden Mitglieder der neuen Kammer ein Wahlrecht einführen würde, das auf dem Prinzip der Einmännerwahlkreise aufgebaut wäre, wenn man die Legislaturperiode dieser Kammer so efristete würde, daß sie sich mit der des Reichstags nicht deckt, dann könnte auf diese Weise ein Regulativ für den Reichstag und ein Stabilisierungsfaktor für die Regierungspolitik geschaffen werden, der allen billigen Anforderungen, die man stellen kann und stellen muß, gerecht würde. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß eine so eingerichtete erste Kammer dem demokratischen Prinzip viel besser entsprechen würde, als es der gegenwärtig bestehende Reichsrat tut.

Mit diesen knappen Andeutungen, die im übrigen nur als Diskussionsbeitrag und nicht als programmatische Festlegung gedacht sind, möchten wir uns vorberhand begnügen. Wir wissen, daß über die Möglichkeit und die Zweckmäßigkeit des Zweikammersystems noch mancherlei gesagt werden kann und gesagt werden muß. Durch den reaktionären Mißbrauch der Zweikammeridee in vergangener Zeit sind viele psychologische Hindernisse aufgestellt worden, die noch hinweggeräumt werden müssen.

Graf Bernstorff über das Abrüstungsproblem

Danzig, 19. Juni. Im Rahmen einer Rundgebung der Danziger Liga für Völkerverbund, zu der auch Mitglieder der diplomatischen Vertretungen in Danzig erschienen waren, sprach in Zoppot Graf Bernstorff über das Abrüstungsproblem. Er betonte, daß die militärischen Bedingungen des Versailler Vertrages von Deutschland vollkommen erfüllt seien, während auf der gegnerischen Vertragsseite noch verschiedene Punkte unerfüllt seien. Der Kriegsächterplan Kellogg sei von Deutschland ohne jeden Hintergedanken angenommen worden. Deutschland komme es darauf an, daß auch von allen Seiten wirklich abgerüstet werde. Graf Bernstorff würdigte dann eingehend die Tätigkeit der Unterkommissionen der Abrüstungskommission und stellte fest, daß die Militärkommission viel Gutes geleistet habe, vor allem habe die Arbeit der Militärs bewiesen, daß bei gutem Willen der Regierungen vom militärischen Gesichtspunkt aus der Abrüstung nichts entgegensteht. Es liege somit kein Grund vor, nicht schon heute eine Abrüstungskonferenz einzuberufen, die im Rahmen der Sicherheit der einzelnen Nationen über das Abrüstungsproblem berät. Zum Schluß betonte der Redner mit großem Nachdruck, der Völkerverbund sei nicht geschaffen worden, um die heutige Ordnung Europas zu stabilisieren, sondern es sei seine Aufgabe, den organisch bedingten Veränderungen in Europa Rechnung zu tragen. Wenn wir zu den Vereinigten Staaten von Europa kommen wollen, so führt der Weg dazu nur über eine Beseitigung der Zollschranken und über zufriedene Minderheiten.

Der zweite Abschnitt der Regierungsverhandlungen im Reich hat am Mittwoch Morgen begonnen. Der Abgeordnete Müller-Franken hat verabschiedungsgemäß auf Grund der bisher gepflogenen Verhandlungen ein Schriftstück ausgearbeitet, das den Parteien bereits am Mittwoch Morgen zugestellt wurde. Das Schriftstück, welches als eine Art Regierungsprogramm angesprochen werden darf, wird zunächst vertraulich behandelt, sein Inhalt aber ist leicht zu erraten, da er sich aufbaut auf den bisher gepflogenen Verhandlungen. Es umfaßt, wie wir hören in siebzehn Punkten so ziemlich alle Verhandlungsgegenstände der letzten Tage. Nur die Frage des Panzerkreuzers A ist in ihm nicht enthalten.

Nachdem im Laufe des Mittwoch vormittag das Zentrum und die Deutsche Volkspartei zu dem Programm Stellung genommen hatten, ohne jedoch zu einem abschließenden Ergebnis zu gelangen, war es am Nachmittag Gegenstand einer interfraktionellen Besprechung. Auch diese Aussprache führte noch zu keinem endgültigen Ergebnis. Immerhin kann man feststellen, daß eine ziemlich weitgehende Verständigung in einer Reihe von wesentlichen Punkten erzielt werden konnte, was nämlich die Verständigung zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten anbelangt, kann man diese wohl als fast abschließend bezeichnen. Die Hauptdifferenz zwischen Sozialdemokraten und Zentrum ist die Schulfrage, die einstweilen in den interfraktionellen Besprechungen zurückgestellt wurde. Es wird in der Zwischenzeit der Versuch unternommen, für diese Frage eine ausgleichende Formel zu finden. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß auch in dieser Frage zwischen Sozialdemokraten und Zentrum eine Verständigung in kürzester Zeit erfolgt. Größer sind die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie besteht. Zwar hat auch die Deutsche Volkspartei anerkannt, daß die Formulierung des Abg. Müller eine durchaus geeignete Grundlage für die Ausarbeitung eines Regierungsprogrammes bildet, sie hat aber insbesondere bezüglich der Steuerfrage Überdrehungsvorschläge gemacht. Ein weiterer Differenzpunkt ist die Frage des Verfassungstages. Hier steht die Deutsche Volkspartei auf einem scharf ablehnenden Standpunkt. Sie steht aber damit allein, denn sowohl die Demokraten als auch das Zentrum sind bereit, dem Wunsch der Sozialdemokratie, den 11. August als Verfassungsfeierstag festzusetzen, zu entsprechen. Das Zentrum allerdings mit der Beschränkung, daß für die Landwirtschaft gewisse Erleichterungen zur Vornahme notwendiger Arbeiten zugelassen werden. Zu diesen Zugeständnissen ist die Sozialdemokratie bereit.

Im großen und ganzen geht die überwiegende Meinung in parlamentarischen Kreisen dahin, daß es in Kürze möglich sein werde, eine Verständigung über die sachlichen Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen. Nebenfalls haben die heutigen interfraktionellen Besprechungen gegenüber dem bisher Erreichten keinen Rückschritt gebracht. Erheblich erschwert werden allerdings die Verhandlungen durch die Preußenfrage.

In Preußen

(Eigener Drahtbericht.)

J. H. Berlin, 20. Juni.

Die Vertreter der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei haben am Mittwoch Vormittag beim preussischen Ministerpräsidenten vorgeprochen. Dieser hat aber an seinem bisherigen Standpunkt festgehalten und erklärt, daß sowohl bei den preussischen Regierungsparteien wie

auch bei ihm selbst zur Zeit keine Neigung besteht, über eine Aenderung der Regierung in Preußen zu verhandeln. Außerdem hat er den volksparteilichen Unterhändlern geraten, sich an die preussischen Regierungsparteien direkt zu wenden, was voraussichtlich in den nächsten Tagen geschehen dürfte. Wie wir hören hat der volksparteiliche Abgeordnete Wiemer offiziell bei der preussischen Zentrumsfraktion den Antrag gestellt, in Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen einzutreten. Sofortige Verhandlungen werden allerdings nicht stattfinden können, da die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages erst am 10. Juli wieder zusammentritt, und vermutlich auch die übrigen preussischen Regierungsparteien erst zu diesem Zeitpunkt sich wieder versammeln werden. Ganz allgemein geht bei den preussischen Regierungsparteien nach wie vor die Meinung dahin, daß zwar die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung grundsätzlich zuzubilligen sei, daß darüber aber in Verhandlungen erst im Herbst eingetreten werden kann. Dieser Standpunkt dürfte übrigens auch der Deutschen Volkspartei nicht unbekannt sein. Außerdem wird die Deutsche Volkspartei auch damit rechnen müssen, daß, wenn es zu diesen Verhandlungen um die Regierungserweiterung in Preußen kommt, die Regierungsparteien die Erfüllung gewisser Voraussetzungen von der Deutschen Volkspartei verlangen müssen.

Solche Forderungen meldet der „Vorwärts“ für die Sozialdemokratie bereits an, indem er u. a. ausführt: Nach der Aufnahme der preussischen Regierung und der preussischen Regierungsparteien komme für die Aufnahme in die Regierung überhaupt nur eine Partei in Betracht, die ehrlich gewillt sei, den bisherigen Kurs einer republikanischen Politik fortzusetzen. Die Volkspartei aber habe nicht nur erst vor ein paar Tagen einen Misstrauensantrag gegen ein Mitglied der preussischen Regierung gestellt, sondern auch bei den Verhandlungen über die Reichsregierung abgesehen, wofür die preussische Regierung im Reichsrat eingetreten sei. Aus diesen Gründen, meint das Blatt, werde die Deutsche Volkspartei nicht ohne gründliche Verhandlungen und genaue Überlegungen in die preussische Regierung aufgenommen werden können.

Zweifellos bietet die Lösung der sogenannten Preußenfrage nach wie vor die größeren Schwierigkeiten. Es scheint aber, daß man in der Deutschen Volkspartei allmählich zu der Einsicht gelangt, daß sich die preussischen Regierungsparteien die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung nicht abtrotzen lassen. Für diese beginnende Einsicht tritt eine parteiunabhängige Verlautbarung der Deutschen Volkspartei ein, in der das Ergebnis ihrer Fraktionsverhandlungen mitgeteilt ist. Es heißt darin, die Fraktion beharre darauf, daß vor der endgültigen Koalitionsbildung im Reich eine Garantie dafür gegeben werden müsse, daß, wenn auch nicht sofort eine Umbildung der preussischen Regierung, die der Zusammensetzung der Reichsregierung entspricht, erfolgt. Das lautet schon merklich anders als die ursprüngliche Forderung der Deutschen Volkspartei, die bekanntlich die gleichartige und gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung mit der Regierungsbildung im Reich verlangte.

Man kann diese neuerliche Rundgebung der Deutschen Volkspartei, wenn Worte überhaupt noch Sinn haben, nur dahin deuten, daß die Volkspartei nunmehr bereit ist, sich mit dem Versprechen der Regierungsparteien in Preußen zu begnügen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung erfolgen soll. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei bei den interfraktionellen Besprechungen erklärt haben, daß die preussische Frage für sie nicht unerheblich sei, dadurch, daß sie zu weiteren sachlichen Verhandlungen im Reich bereit gewesen sei. Es handelt sich hier offenbar um ein Rückzugsgesetz.

unter Führung des Reiches. Ein Hauptgrund der Mißstände sei die Zuständigkeitsabgrenzung. Es bestehe keine sachliche Notwendigkeit, daß das Reich in immer weiteren Verwaltungsaufgaben eindreibe. Das sei nur eine Erschwerung und Verteilung der Verwaltung. Die Regierung kämpfe an gegen die Zentralisierung der Gesetzgebungsgewalt und der Verwaltungshoheit. Besonders gefährdend seien die Zentralisierungsbestrebungen im Geldwesen. Sie bedeuteten eine erhebliche Gefahr für das heimische Geldwesen und die heimische Wirtschaft. Der Staatspräsident besahe sich dann mit den Spezialaufgaben des Landtages.

In der Aussprache über die Regierungserklärung betonte der Abg. Reil (S.), die seitherige Regierung sei geschlagen und habe nach der gesunden Logik der Wähler zurückzutreten. Die Sozialdemokraten sprächen der neuen Regierung ihr Mißtrauen aus und es sei Pflicht der Regierung, sich um ein Vertrauensvotum zu bemühen.

Rücktritt der bayerischen Regierung

München, 20. Juni. Ministerpräsident Dr. Held hat an den Präsidenten des bayerischen Landtages nachstehendes Schreiben gerichtet: „Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß die familiären Herren Staatsminister im Hinblick auf § 59 Abs. 2 der Verfassungsurkunde des Freistaates Bayern beschloffen haben, von ihrem Amte zurückzutreten. Der Herr Staatssekretär im Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe schließt sich für seine Person dieser Erklärung an. Gemäß § 66 Abs. 1 der Verfassungsurkunde werden sie bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiterführen.“

Aus der badischen Zentrumspresse

Redakteur Heinrich Müller †

Freiburg, 20. Juni. Heute morgen gegen 1/8 Uhr ist im Doretto-Krankenhaus im fast vollendeten 75. Lebensjahr Redakteur Heinrich Müller entschlafen. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der für seine Heimatstadt Freiburg, für seine Partei, das Zentrum, für seine Kollegen stets ein warmes Herz und ein offenes Auge hatte. Lange Jahre hindurch leitete er den Freiburger Bote, der vor einer Reihe von Jahren mit der Freiburger Tagespost verschmolzen wurde. Mit seinen politischen Gegnern hat er besonders im Freiburger Bote manchen Strauß ausgefochten. Sein lebhaftes Temperament ließ ihn oft eine scharfe Klinge führen, und doch war er dabei erfüllt immer von sorgenden Gedanken für seine Parteifreunde, für die Sache seiner Partei. In seiner Eigenschaft als Schriftleiter hat er lange Jahre hindurch wirksamsten Anteil an den Geschicken der Stadt Freiburg genommen. Unermüdblich hat er die Lebensfragen seiner Heimatstadt von seinem Standpunkt aus mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern gesucht. Die Kunde von seinem Ableben wirkte überaus schmerzhaft. Immer rühmig und gesund überfiel ihn in den letzten Tagen ein heimliches Fieber, dem er in kurzer Zeit erlag. Mit seinen Angehörigen trauern aber vor allen Dingen auch seine Kollegen, deren bewährter und erprobter Führer er viele Jahre hindurch gewesen ist. Unermüdblich hat er für sie bei der Wahrnehmung ihrer Standesinteressen gearbeitet und eine seine vornehmsten Aufgaben darin erblickt, seine Berufsstand die ihm zukommende Beachtung in der weiten Öffentlichkeit zu verschaffen. Nicht nur im Landesverband der badischen Presse nahm er eine geachtete Stellung ein, auch in der Oberbadischen Bezirksgruppe dieses Verbandes besonders wirkte er bis zuletzt unermüdblich. Von einem arbeitsreichen, von manchen Schicksalsschlägen nicht freiem Leben, ruht er nun aus. Weiße Kreuze werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unglücksfälle und Verbrechen

Flugzeugunglück durch das Horn einer Kuh. Köln, 20. Juni. Am Freitagmorgen verunglückte bei Rodendorf im Rheinland ein Flugzeug, wobei 5 Menschen das Leben verloren. Wie jetzt festgestellt wurde, trägt die Schuld an dem Unheil das Horn einer Kuh. Der Pilot, der eine Notlandung vornehmen mußte, war bereits dicht über den Boden gekommen, als er das Horn einer dort weidenden Kuh streifte. Das Horn durchbohrte den Benzintank und brach ab. — Das herauslaufende Benzin entzündete sich an dem heißen Motor und verursachte die Katastrophe.

Noch ein Opfer von Siegelstorf. Augsburg, 20. Juni. Heute morgen erlöschte plötzlich der 40jährige verheiratete Generaldirektor der Papierfabrik Sogge A.-G. bei Repton im Allgäu, Karl Matties, der seinerzeit als Passagier im nächsten Unglücksfall von Siegelstorf bei Nürnberg mit dem Schrecken davonkam. Das furchtbare Erlebnis führte vor einigen Tagen zu einem Generaldirektors.

Die Vereinigten Staaten protektieren gegen Giftgas-Behauptungen des „Lemps“

Newyork, 20. Juni. Die „N. Y. Times“ läßt sich aus Washington berichten, daß in offiziellen Kreisen die Behauptungen des Barier „Lemps“ über amerikanische Giftgasrüstungen als maßlose Übertreibung bezeichnet werden. Nicht 1600 Mann seien im Chemical Warfare Service der Vereinigten Staaten beschäftigt, sondern nicht einmal 550. Alle befänden sich in der einzigen Station Edgewood, während alle anderen Staaten diese Abteilung an den verschiedensten Orten untergebracht hätten und sich dadurch bezüglich der Ausdehnung ihrer Tätigkeit jeder Schätzung und Kontrolle entzögen. Nebenfalls sei der chemische Kriegsdienst der Union im Verhältnis zu ihrer Größe viel geringer als jener anderer Staaten.

Eine Regierungserklärung im württembergischen Landtag

Stuttgart, 20. Juni. Im württembergischen Landtag gab Staatspräsident Dr. Volz eine Erklärung ab, in der er bestritt, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokratie eine Verurteilung der Landespolitik der abgelaufenen Jahre bedeute, die die Sozialdemokratie zur Führung bestimme. Der Staatspräsident besprach dann die Aufgaben der württembergischen Politik und stellte voran die Fragen betreffend das Verhältnis zwischen Reich und Ländern. Die Regierung widerstrebe nicht einer Aenderung der Zahl und des Gebietsumfanges der Länder, sofern die betroffenen Staaten eine Aenderung wünschten. Sie sei auch zu weitgehender Rechtsvereinbarung in den Ländern auch auf dem Gebiete des Steuerrechts und der Verwaltung bereit. Der geeignete Weg hierzu sei aber die Vereinbarung der Länder auch

Reklame durch Verbrechen

Die Reklame ist heute eine Kunst geworden; eine Geheimkunst schier, dazu bestimmt, in der Zauberhand der Kundigen Wunderbares zu wirken. Überall in der Welt, besonders aber in Amerika, hat man schon zu den sonderbarsten Mitteln gegriffen, um die Aufmerksamkeit des Publikums zu erregen und zu fesseln. Wie es aber bei romantischen Schiffsalben ist, so auch bei romantischen Reklame-Ideen: Das Leben läßt sich von der Phantasie keines Spezialisten übertreffen! Dazu einige kleine Beispiele, wie durch Geschicknisse des Menschenlebens gewaltige Reklamewirklungen ausgelöst wurden.

Da lebte in London z. B. ein junger deutscher Zahnarzt; der Grund zu seiner ausgedehnten Praxis wurde gelegt durch einen Einbruch. Obwohl er schon eine geraume Zeit in London wohnte, war es dem Zahnarzt nicht gelungen, Praxis zu finden. Sein Wartezimmer blieb meistens leer. Eines Abends, als er sich zur Ruhe begeben hatte, stand er einem Einbrecher gegenüber. Dieser hatte den Zahnarzt, der Pantoffeln an den Füßen hatte, nicht kommen hören. Der junge Arzt verlor keine Sekunde seine Geistesgegenwart. Er fragte seinen nächtlichen Besucher in ruhigem Tone, was er wünsche. Der Einbrecher, der glaubte, ungefragt wegzukommen, murmelte etwas von schrecklichen Zahnschmerzen, und ob der Doktor ihm noch helfen wolle. „Natürlich“, antwortete dieser, „ich bin zu jeder Zeit für meine Patienten da.“ — Bevor der Einbrecher noch recht wußte, wie ihm geschah, hatte der Arzt ihn schon in den Stuhl gedrückt. „Welcher Zahn ist es? Oh ich sehe schon, dieser.“ Bei diesen Worten drückte er dem Einbrecher einen Summitnebel in den Mund und presste eine Chloroformmasse auf Mund und Nase. Einige Tropfen Chloroform darauf, und sofort war der Einbrecher bemußlos. Jetzt alarmierte der Arzt die Polizei, die in kurzer Zeit den noch immer bemußlosen Einbrecher festsetzte. Als er am folgenden Tage verhört wurde und der Zahnarzt erzählte, wie er ihn bezwungen hatte, war der Einbrecher selbst am meisten erstaunt. Natürlich kam alles haarflein in die Zeitungen und in der Abendausgabe brachten die großen Blätter das Bild des Zahnarztes und das Haus, wo sich der fonderbare Vorfall zugetragen. Eine bessere Reklame konnte sich der Zahnarzt nicht wünschen. Einer nach dem andern kam und wollte von dem Mann behandelt werden, der es verstanden hatte, unter den geschilderten Umständen einen gefährlichen Einbrecher unschädlich zu machen.

Wie dieser Einbruch dem Zahnarzt eine gute Praxis und Vermögen brachte, gab eine Meuterei auf hoher See Anlaß, einen Schriftsteller berühmt zu machen. Dies kam so: Unter der Besatzung des Segelschiffes „Leonhard“, das mit einer Ladung Stützgut von Hull nach Rio de Janeiro unterwegs war, brach auf hoher See eine Meuterei aus. Der Kapitän und der erste Steuermann wurden getötet und die Leichen über Bord geworfen. Der zweite Steuermann hatte sein Leben dem Umstand zu danken, daß die Meuterei jemanden haben mußten, der das Schiff steuerte, was von ihnen

keiner verstand. Sie zwangen den zweiten Steuermann, den Kurs zu ändern und nach dem Amazonasstrom zu segeln; es blieb diesem nichts anderes übrig, als sich dem Willen der Meuterei zu fügen. Er wußte jedoch sehr wohl, daß die Unmenschen auch ihn töten würden, sobald Land in Sicht kam, da er doch Zeuge des Vorgefallenen war. Fortwährend sann er darüber nach, wie er mit der Außenwelt in Verbindung kommen könne, um sein Leben zu retten. Dies war jedoch in jenen Tagen, lange bevor die drahtlose Telegraphie erfunden, fast unmöglich. Zudem wurde er scharf beobachtet. Es gelang ihm aber, sich unbemerkt einige leere Flaschen zu beschaffen, die er nicht beobachtet wurde, beschrieb er in kurzen Worten die Meuterei und den Kurs, den sie verfolgten. Diese Aufzeichnungen machte er auf Blattseiten, die er aus einem Buche trennte, das in seinem Besitz war, und das den Titel trug: „Ein Seeheld“. Die Blätter steckte er in die Flaschen, die er nachts über Bord warf. Er hatte Glück. Eine der Flaschen wurde von dem brasilianischen Kanonenboot „Chiquita“ aufgefischt. Da der Steuermann bei jeder Flaschenpost die Windrichtung und den Längens- und Breitengrad angegeben hatte, war es dem Kriegsschiff ein Leichtes, das Meutereiboot zu finden. Bei Nacht näherte man sich demselben, und noch bevor das Tageslicht anbrach, lag das Kriegsschiff Seite an Seite mit dem anderen. Die Meuterei, im Schlafe überrascht, boten nur wenig Widerstand; sie waren im Handumdrehen gefesselt. Man brachte sie auf das Kriegsschiff, während die „Leonhard“ mit brasilianischer Besatzung und dem geretteten zweiten Steuermann nach Rio de Janeiro segelte. Sieben der Meuterei büßten ihre Tat am Galgen, die anderen erhielten lange Gefängnisstrafen. Ist es verwunderlich, daß jeder das Buch besitzen wollte, dessen Blätter der Steuermann sein Leben dankte? Auch über diesen Fall wurde von den Zeitungen ausführlich berichtet, und das Buch hatte infolgedessen einen Riesenerfolg. So wurden die Nachschreiber, die der Steuermann auf den Blattseiten des Buches „Ein Seeheld“, das er zufällig bei sich hatte, in die Welt schickte, Ursache, daß der Roman und der Name des Schriftstellers, John Parmiter, überall genannt wurde. Es war die beste Reklame, die für das Buch jemals gemacht werden konnte.

Ein anderer tragischer Vorfall auf dem weiten Ozean lenkte die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf ein geistliches Lied. Es war das Lied: „Nearer my God to Thee“ (Näher, mein Gott, zu Dir), das die Schiffskapelle an Bord der „Titanic“ spielte, nachdem der Dampfer auf seiner ersten Reise am 15. April 1912 mit einem gewaltigen Eisberg zusammenstieß. Bekanntlich hatte dieser furchtbare Zusammenstoß das Sinken der „Titanic“ zur Folge, wobei rund 1500 Fahrgäste ein Grab in den Wellen des Ozeans fanden. In der Todesnot des untergehenden Schiffes ließ der Kapitän die Schiffskapelle das Lied spielen: „Näher, mein Gott, zu Dir!“ Eine erschütternde, überwältigende Reklame!

Baden zur Regierungsbildung

Wie die sozialdemokratische Art der Führung des Wahlkampfes nachwirkt, zeigt u. a. folgende Zusage unseres Mitarbeiters Geld (Steinach). Er schreibt zur Frage der Besetzung des Arbeitsministeriums:

„Eine interessante Meldung, die man in die Mappe zu tun hat, war die Nachricht, der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken, der Führer der Sozialdemokraten habe den gemessenen Minister Dr. Brauns ersucht, bezw. die Zentrumsfraktion darum gebeten, Brauns möge diesen Posten weiter behalten. Und eine weitere beachtenswerte Meldung war die aus Kreisen der christlichen Gewerkschaften. Dr. Brauns möge im Hinblick auf die Vergangenheit dem Ruf der Sozialdemokratie nicht Folge leisten. Den hier entwickelten Gedankengängen schließe auch ich mich an. Die Sozialdemokratie soll die volle Verantwortung tragen, sie soll sehen wie sie die Dinge meistert. Auch im Bereich des Arbeitsministeriums, jenes Ministeriums dessen Stellung heute nach der sozialen, wie gewerkschaftlichen Seite, so sehr Angriffen ausgesetzt ist. Hier gibt es keine Vorbeeren zu holen, da es nicht gelingen wird, allenthalben Zufriedenheit zu schaffen auf dem so umstrittenen Gebiet der Sozialpolitik, wie auch auf dem Gebiet der Lohngestaltung, auf das der Arbeitsminister gemäß der Schlichtungsordnung Einfluß hat. Man sollte meinen, gerade die Sozialdemokratie als die Partei, von der die Arbeiterklasse bei Wahlen alles Heil zu erwarten hat, sollte mit beiden Händen nach diesem Posten greifen, um zeigen zu können, was man kann. Ein Anerbieten an einen anderen, dazu noch an einen „schwarzen“ Politiker mutet etwas sonderbar an. Man kann aber auch anders denken. Die Beibehaltung Dr. Brauns kann aber auch aus agitatorischen Gründen gewünscht sein. Der sozialen Konflikte und Spannungen werden in Zukunft nicht weniger, und es wird an Angriffen und Heße gegen den Arbeitsminister nicht fehlen. Es ist da ganz praktisch auf den „schwarzen“ Arbeitsminister hinzuweisen. Wie die Dinge in Berlin auch gehen mögen, eines steht fest: Kehrt Dr. Brauns als Arbeitsminister wieder, so wird man die Tatsache in die Summe dessen aufzunehmen haben, was in weiten Kreisen der Zentrumsparlei nicht verstanden wird, und wofür man bei Wahlen auch die Prigel erhält.“

Wie man daraus ersieht, stammen die Schwierigkeiten, die der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken anlässlich der Regierungsbildung findet, zu einem guten Teil von der Sozialdemokratie bezw. der Behandlung der bisher in der Verantwortung stehenden Parteien und Persönlichkeiten her, die ihnen von der Sozialdemokratie im Wahlkampf widerfahren ist. Man möchte sich nicht weiter dafür mißhandeln lassen, daß man die Verantwortung getragen hat.

Herr Reichstagsabgeordneter Dr. Föhr schreibt zu den Schwierigkeiten der Regierungsbildung u. a.:

„Die Regierungsbildung schreitet nur langsam vorwärts. Die Sozialdemokraten, die früher immer so große Schwierigkeiten gegen die Kabinettsbildungsversuche seitens des Zentrums machten, spüren eben nun am eigenen Leib, wie so etwas wirkt. Es geht nicht so einfach, wie sie sich selbst die Sache gedacht hatten, und sie merken nun, daß man, wenn man selbst den Kanzler stellt, noch lange nicht in allem so kann, wie man gern möchte. Aber so ging es bisher auch den Zentrumsfraktionen, welche die Sozialdemokratie dann so scharf bekämpfte. Die Sozialdemokratie ist in großer Verlegenheit und möchte, daß das Zentrum ihr daraus helfe. Die Zentrumsfraktion ist jedoch durchaus zurückhaltend. Sie lehnt die Teilnahme an einer Regierung nicht ab; denn eine Regierung muß zustande kommen. Aber es fällt ihr garnicht ein, sich um die Teilnahme an der Regierung irgendwie zu reizen. Sie wird auch nicht um jeden Preis an der Regierung teilnehmen, sondern nur dann, wenn bestimmte sachliche Voraussetzungen erfüllt sind, insbesondere hinsichtlich der Wahlrechtsreform, eines eventuellen Schulgesetzes, der Sozial- und Wirtschaftspolitik, speziell die Berücksichtigung des Schutzes der Landwirtschaft. Anmähend tritt die Deutsche Volkspartei auf. Sie erwartet nicht nur, daß sie die beiden wichtigen Ministerien, die sie bisher innehatte, behalten kann, sie fordert auch unbedingt den Eintritt in die preußische Regierung. Das aber wird so leicht nicht gehen, weil dann in Preußen die Demokraten zwei Ministerien zu Gunsten der Deutschen Volkspartei, das Zentrum ein Ministerium zu Gunsten der Sozialdemokratie abgeben müßten. An und für sich ist es eine Zumutung, wenn von Seiten des Reichstags Einfluß genommen werden will auf die Zusammensetzung eines Kabinetts. Wir würden uns in Baden einen solchen Eingriff verbitten und zwar mit Recht. Wenn die preußischen Fraktionen sich ähnlich stellen, so wird man das begreifen können, umso mehr als dabei Opfer gebracht werden sollen zu Gunsten der Partei, die in Preußen in Opposition stand und im Reichstag durch Bruch der Koalitionsrichtlinien die letzte Regierung geprengt hat. Wenn man das überdenkt, so wird man ohne weiteres erkennen, daß der Knoten für die Regierungsbildung nicht so leicht zu durchlöchern sein wird. Der designierte Kanzler Müller-Franken hat eben den großen Fehler gemacht, daß er gleich an Herrn Stresemann herantrat und ihm das Außenministerium wieder angeboten hat. Damit fühlte sich diese Partei, die in punkto Bescheidenheit noch nie besonders hervorragte, ihrer Sache so sicher, daß sie glaubt, ihre Forderungen immer höher und höher spannen zu können. Die preußischen Schwierigkeiten werden aber nicht die letzten sein. Es wird sich auch fragen, ob mit dem Zentrum in der Frage des Schulgesetzes und der Berücksichtigung der Landwirtschaft eine Einigung über die sachlichen Differenzpunkte herbeigeführt werden kann.“

Es läßt sich schwer überblicken, wie die Dinge weiter laufen werden; aber man muß nicht glauben, daß die große Koalition die einzige Möglichkeit ist. Die Weimarer Koalition

Die roten und weißen Junter

Roman von Marten Korch
(Einzig berecht. Uebersetzung aus dem Dänischen von Pauline Kläber-Gottschau.)
Copyright 1927 by Karl Köhler & Co., Sittler, Verlag, Berlin-Schlöndorf, Madonnenstr. 24.
(5)

Auf der weiteren Reise sah Thomas nichts mehr von John Wiles und seiner Gesellschaft; aber er wurde den Gedanken an jenen Mann nicht mehr los.
Kurz nach seiner Ankunft in der Hauptstadt sah er schon in einer wichtigen Versammlung mit dem Verwaltungsrat der Gießerei: Thomas stürzte sich mit seinem gewohnten Fleiß und der bekannten Gründlichkeit in die Geschäfte; es war ihm aber fast unmöglich, bis zum Ende auszuhalten.

Nach Schluß der Beratung wollten ihn einige der Herren mit sich nehmen, allein er entschuldigte sich. Er eilte auf die Straße, suchte ein Auto und fuhr zum Saßen. Jetzt war es ihm zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden, mit dem Matrosen zu reden — koste es, was es wolle. Der Gedanke, der Mann könne schon weggefahren sein, erfüllte ihn mit Entsetzen.

Seine Angst erwies sich indes als grundlos, denn eines der ersten Schiffe, das er draußen am Freihafen erblickte, war die Tarantella. Von dem wachhabenden Offizier erfuhr er, daß das Schiff festlar sei und am nächsten Morgen ausfahren werde. Die neue Mannschaft sei mit ihrem Gepäck dagewesen, jedoch wieder weggegangen, vermutlich in ein Wirtshaus, und werde vor Mitternacht nicht zurückkehren.

Als Thomas — unglücklich, was er nun beginnen sollte — am Bollwerk stand, kam ein Matrosen daher. Thomas redete ihn an, und es zeigte sich, daß er auch ein Mann von der Tarantella und jetzt auf dem Wege zu der übrigen Gesellschaft war.

Thomas nahm ihn rasch mit in sein Auto, und sie fuhren zu einer kleinen Matrosenunterneipe im Innern der Stadt. Thomas entdeckte sofort John Wiles, der den Mittelpunkt

einer großen Gesellschaft bildete. Der Mann zeigte sich jedoch äußerst mißtrauisch, und es kostete Thomas große Mühe, ihn zum Mitgehen zu bewegen oder schließlich gliedte es doch. Thomas führte ihn in ein besseres Gasthaus in der Nähe, ließ sich ein besonderes Zimmer geben und bestellte Getränke für seinen Gast.

Sobald die Tür geschlossen war, begann Thomas den Mann auszufragen. John Wiles zeigte sich rasch als einen ruhigen vernünftigen Mann, sobald man ihn unter vier Augen hatte, und sein Bericht klang durchaus zuverlässig. Er war auch gar nicht zurückhaltend, und als Thomas ihm erklärte, um was es sich handelte, gab er genaue Auskunft.

Er hatte Kapitän Junter sehr gut gekannt und war oft mit ihm zusammen gewesen. John Wiles war mit Kapitän Kelly gefahren; dieser und Kapitän Junter hatten beide mit ihren Fahrzeugen in Kalkutta gelegen, waren dort zusammengetroffen und gute Freunde geworden. John Wiles sprach nun ganz Schwedisch; er erzählte, auch Kapitän Kelly sei Schwede, und er, John, sei nach und nach seines Kapitans Freund und Vertrauter geworden und sie hätten zusammen mancherlei Abenteuer bestanden.

Thomas glaubte ihm. John Wiles war zweifellos ein Mann, den man trotz seines nicht sehr einnehmenden Aussehens in schwierigen Lebenslagen gern zum Freund haben möchte.

Thomas erfuhr allerlei über das Leben seines Onkels, das durchaus mit dem übereinstimmte, was er selber wußte. Trotzdem Onkel Johann damals schon hoch in den sechziger Jahren stand, war er doch noch immer von einer unbändigen Abenteuerlust erfüllt gewesen. Sein größtes Verstreben war, jugendlich zu erscheinen, und da er klein von Gestalt, schlant und geschmeidig war und eine vorzügliche Gesundheit hatte, machte er ungeachtet seiner weißen Haare den Eindruck eines um zehn Jahre jüngeren Mannes.

John Wiles sprach viel von jener Inlandreise, die die beiden Kapitane zusammen unternommen hatten und auf der Wiles sie begleitet hatte. Als er einmal eine Pause

machte, ging Thomas geradewegs auf die Sache los und fragte nach dem etwaigen Testament oder inwiefern John Wiles bei der Anfertigung derartiger Schriftlichkeiten und Dokumente beteiligt gewesen sei.

Dies war jedoch nicht der Fall; nur am letzten Tag, den er mit den beiden Kapitänen verbracht hatte, mußte irgend etwas von Bedeutung in Kapitän Junters Zimmer vor sich gegangen sein. Ein englischer Rechtsanwalt und ein fremder Herr hatten sich dort eingefunden, John Wiles aber war nicht dabei gewesen, sondern hatte in einem Wirtshaus gewartet. Dort war er später mit den Herren zusammengetroffen, hatte ein Glas Wein mit ihnen getrunken und dabei erfahren, daß Kapitän Kelly einen wichtigen Auftrag von Kapitän Junter erhalten habe.

Kapitän Kelly hatte dann sein Schiff verkauft und John Wiles sich am folgenden Tag auf einem englischen Zerstörer eingeschifft; danach hatte er die beiden Männer nicht wieder gesehen. Sowohl von Kapitän Junter wie von Kelly war ihm zum Abschied ein Geldgeschenk gemacht worden.

„Sie wissen also gar nicht, wohin Kapitän Kelly wollte, nachdem er sein Schiff verkauft hatte?“ fragte Thomas.

John Wiles schüttelte den Kopf. Kapitän Kelly sei ein großartiger Mensch und ein tüchtiger Seemann gewesen; aber er habe immer etwas Geheimnisvolles in seinem Wesen gehabt und habe in allem Möglichen mit drin gesteckt, worüber niemand so recht Bescheid gewußt habe.

„Aber wissen Sie denn nichts von seiner Familie? Hat er nie über seine Angehörigen in Schweden gesprochen?“ fragte Thomas weiter.

Hierauf konnte John Wiles Auskunft geben. Kapitän Kelly hatte eine Frau und eine Tochter namens Eva. Diese Tochter habe er innig geliebt und immer ihr Bild bei sich getragen. Er hatte Wiles erzählt, Frau und Tochter seien nach Nordjehland übergesiedelt, wo er eine Villa gekauft habe. Es war ein Ort, wovon man nach Schweden hinübersehen konnte; aber an den Namen konnte sich John Wiles nicht erinnern, obgleich er ihn oft gehört hatte.

Das war eine wichtige und überraschende Mitteilung für Thomas. Es schien ihm ganz unglücklich, daß Kapitän Kellys Damen so in der Nähe wohnen konnten und es Jörns nicht geglikt war, ihre Spur zu finden. Gewiß hatte Jörns Kelly für einen Engländer gehalten und seine Nachforschungen auf dieser Grundlage betrieben.

Thomas fing nun an, die Namen der Küstenstädte nördlich von Kopenhagen aufzuzählen, und als er an Aarbeck kam, erklärte John Wiles mit Bestimmtheit, dort müßten die Damen wohnen, er entsinne sich jetzt wieder deutlich des Namens.

Endlich fragte Thomas den Seemann noch, ob er Jörns Junter gesehen oder gekannt habe; aber das verneinte John Wiles, doch hatte er viel von ihm gehört. Jörns hatte ein kleines Fahrzeug geführt, das zur englischen Flotte gehörte. Es war wie ein Veranigungsfutter gebaut, besaß eine kräftige Maschine und war unglücklicher Geschwindigkeit gewesen. Jörns hatte sich bei verschiedenen Gelegenheiten ausgezeichnet, unter anderem auch bei Coronel, wo er mit Admiral Cradock zusammen gewesen war.

John Wiles wußte auch von dem Besuch Jörns bei seinem Verwandten; dieser Besuch hatte zu der Zeit stattgefunden, als Kapitän Junter am Fieber krank lag; gerade damals war John mit Kapitän Kelly auf einem Ausflug gangesaufwärts gewesen.

Thomas hatte nun alles erfahren, was John Wiles ihm berichten konnte. Einen Augenblick überlegte er, ob er ihn nicht zu einem Besuch bei Jörns veranlassen sollte, aber er ließ diesen Gedanken fallen. Er hatte das Gefühl, als ob zwischen dem Matrosen und der heimatischen Behörde nicht alles im Reinen sei und ihm der Boden unter den Füßen brenne; und Jörns konnte auch nicht mehr herkommen, um mit dem Mann zu sprechen.

Aber Thomas behielt sich vor, Nachforschungen auf eigene Hand zu betreiben — er mußte Klarheit haben. Nun galt es, Kapitän Kellys Witwe und Tochter Eva zu finden!

(Fortsetzung folgt.)

lition hat allerdings kaum Aussicht auf Verwirklichung; aber denkbar wäre schließlich auch ein Minderheitskabinett, etwa bestehend aus Sozialdemokraten und Demokraten. Das gebe so eine Art englische Labour-Party-Regierung. Auch Macdonald hat mit einer parlamentarischen Minderheit regiert. Warum sollten die Sozialdemokraten und die Demokratie in Deutschland nicht auch einmal das gleiche versuchen können? Zentrum und Bayerische Volkspartei würden sicherlich eine solche Regierung dulden. Vielleicht wohl auch die Deutsche Volkspartei. Eine solche Lösung wäre nach dem Wahlausfall vielleicht die richtigste. Der Sozialdemokratie ist in weitestem Umfang die parlamentarische Macht zugefallen; sie sollte nun auch regieren. Wenn die große Koalition scheitert, dann müßte an diese Lösung in allem Ernste gedacht werden."

Stahlhelm, Politik und ... Wirtschaft

Die Stahlhelmer wollen rühriger werden. Sie nehmen einen neuen Anlauf, indem sie in diesen Tagen in allen Teilen Deutschlands — offenbar als Auswirkung des Hamburger Reichsfrontsoldaten-Tags — eine Stahlhelm-Werbeweche veranstalten. Es wird versucht, mit militärisch aufgemachten Umzügen usw. und durch entsprechende Werbeartikel Eindruck zu machen, damit die großen Massen der Frontsoldaten, die bisher mißtrauisch und ablehnend ferngeblieben sind, im Aufschritt zu den Stahlhelm-Offizieren in Reich und Glied laufen und dort still stehen, um den „im Stahlhelm verkörperten Frontsoldatengeist“ wieder in sich aufzunehmen. Wenn dann alles im Stahlhelm ist, dann werden uns die Stahlhelm-Führer politisch und wirtschaftlich herrlichen Zeiten entgegenführen. Das versprechen sie wenigstens.

Da ist es nun besonders beachtlich, was der badische Kreisführer Richter bei einem Fadelzug in Pforzheim meinte. Der Bericht lautet:

„Der Kreisführer, Kamerad Richter, hielt eine kühnende Rede, die dem zahlreich erschienen Publikum in Erinnerung rief, daß es der Frontsoldat war, der Deutschland vor dem Chaos rettete, der aber dann nicht die Führung der politischen Geschicke bestimmen durfte, sondern diese den politischen Parteien verfassungsgemäß überließ, um zu erleben, wie das Wohl des deutschen Volkes dem gang und gar materiell basteren Parteigeist bestimmter Gruppen zum Opfer gebracht wurde! Heute verlange der im Stahlhelm verkörperte Frontsoldatengeist, daß mit dieser Politik, die das deutsche Volk in wirtschaftliche, nur ganz bestimmten Kapitalistengruppen näherbringende Sklaverei gebracht hat und unser staatspolitisches Ansehen im Ausland dauernd aufs Schwert schädigt, Schluss gemacht wird.“

Wir vom Zentrum fühlen uns keineswegs getroffen. Diese Stelle zeigt aber, weß Geistes Kind die Herren sind. Nichts gelernt, aber auch alles vergessen, muß man da sagen. Und diese Leute wollen uns nun retten. Sie kommen zu spät, die Stahlhelmführer. Wo waren sie 1919? Was wir aber jagen wollten: Es ist geradezu ungläublich, daß ausgerechnet die Stahlhelm-Offiziere über den allzugroßen und üblen Einfluß der Wirtschaft auf die Politik schimpfen und wettern, dieselben Leute, die bei den Deutschnationalen und Volksparteilern stehen, also bei jenen Parteien, die in erster und letzter Linie immer wieder die Interessen der Wirtschaft, d. h. in diesem Falle das Großkapital vertreten. Dabei ist es doch bekannt, woher das viele Geld fließt, über das manche sogenannte vaterländische Verbände

verfügen. Es sind die Kassen der Großindustrie usw., die sich da bereitwillig geöffnet haben. Armes Volk, wenn diese Leute dich retten sollen, die Stahlhelmführer und ihre Hintermänner, dann bist du schon gerettet. Dann kommt ein neues Durcheinander und die Verhältnisse werden nur noch schlimmer werden. An sich aber ist es absolut richtig: Es muß alles geschehen, um den einseitigen Wirtschaftsgeist und seinen übermächtigen Einfluß aus der Politik fernzuhalten. Das Wohl des Volkes ist insbesondere im Volksstaat das oberste Gesetz.

Für die Hausgehilfin

Unter der Ueberschrift „ein unmögliches Gesetz“ waren an dieser Stelle am Dienstag einige Ausführungen über die Vorlage des beabsichtigten Hausgehilfengesetzes zu lesen, die wohl den Grundgedanken herausheben sollten, daß die eine oder andere Bestimmung in dieser Gesetzesvorlage geeignet wären, dem Vertrauensverhältnis von Hausfrau und Hausgehilfin entgegen zu wirken. Dieser Gedanke an sich mag begründet sein. Die Art und Weise aber, wie er in Ausdrucksform und Wörtern umschrieben wurde, muß entschieden abgelehnt werden. Nebenfalls stammt jene Aufschrift über die Gesetzesvorlage zum Hausgehilfengesetz nicht von einer erfahrenen Frau. Auch die Badische Presse brachte einen Aufsatz über das gleiche Thema betitelt „Polizeihaft im Staate“. Zu den Gesetzesentwürfen selbst werden wir noch Stellung nehmen.

Für den Beruf selbst eignet sich weder das Wort „Dienstmädchen“, das heute benutzt ist, aber auch nicht das Wort „Hausangestellte“, das sofort die Auffassung eines, auf gemeinlicher Basis aufgebauten Betriebes weckt, sondern am besten das Wort Hausgehilfin, das in sich einschließt eine Vorbereitung auch zur späteren Meisterschaft im Hausfrauenberuf. Die Statistik lehrt uns ja, daß kein weiblicher Beruf ein so großes Kontingent zum Eheberuf stellt, wie gerade der Beruf der Hausgehilfin. Wer die Gefährdungen vor dem Kriege, besonders der nördlichen Länder unseres Vaterlandes kennt, (es waren etwa 90 im ganzen Reich), der weiß, daß der Handel in den Revolutionstagen nach der entgegengesetzten Seite ausschlagen mußte. Es war nur ein Glück, daß in der weitesten Anzahl bürgerlicher Familien die Schicksalsgemeinschaft des Hauses, in welche die Hausgehilfin einbezogen sein muß, besonders bei einer größeren Kinderzahl, diese Gefährdungen fast kaum Wirklichkeit werden konnten.

Selbstverständlich kann gewerblicher Betrieb und Haushaltung nie auf eine Linie gesetzt werden. Daß aber die Hausgehilfin gesetzliche Rechte mit Bezug auf Wohnung, Ruhezeit, Erhaltung und Ferien zustehen müssen, wird von einseitigen Hausfrauen und Müttern nur gewünscht. Es ist nur gut, daß das Leben hier eben auch wieder die stärkere Formkraft aufweist als die Theorie und daß bei Frauen, die sich ihrer Verantwortung gegenüber der Hausgehilfin bewußt sind, und bei Hausgehilfinnen, die in der Zeit in der sie in Familien tätig sind, die Vorbereitung zum eigenständigen Frauenberuf sehen, sich gegenseitige Beziehungen gestalten, die auch den gegenseitigen Interessen gerecht zu werden vermögen.

Entschieden zurückzumeifen sind auch scherzhafte Ausdrücke wie „Donna“ oder die „Küchenfee“. Solche Ausdrücke sind, so wie die Stimmungen nun einmal sind, geeignet, einen Beruf zu entmehren, der sehr viel beitragen kann zum harmonischen Familienleben. Der Beruf der Hausgehilfin hat in schweren Schicksalstagen den Familien schon oft Erleichterung und Hilfe gebracht und die Arbeit in Küche und Haus ist die Arbeit, auf der sich auch die Arbeit des Gemeinschaftslebens des Staates und des Parlamentes sich aufbaut. Solche Scherze wirken auch selbst in harmloser Weise beläsend, und weisen auf

Ueberheblichkeit und Unkenntnis tatsächlicher Arbeitsverhältnisse hin. Dann ist es nicht sehr glücklich, gerade das Teppichklopfen als Arbeit der Hausgehilfin anzuführen, denn gerade Käufer und Teppiche auszuklopfen ist eine Arbeit, die am schwersten zu handhaben ist. Für große Teppiche und Käufer gehören unbedingt Teppichmaschinen verwendet.

Richtig ist ja, daß kinderreiche Familien heute schwer tun eine Hausgehilfin zu erhalten. Im Interesse des Volkes ist es aber geboten, daß gerade die kinderreiche Mutter Hilfe im Haushalt hat. Hier aber ist der Augenblick gekommen, wo wir auch hinweisen müssen auf die katholischen Hausgehilfinnengruppierungen, die immer den Standpunkt vertreten, daß die Mädchen sich einschließen sollen, als Hilfe zu kinderreichen Müttern zu gehen. Andererseits muß aber auch in den Müttern das Wissen sein, daß die Hausgehilfin eben in erster Reihe Hilfe ist, die ihr hilft ihren ersten und größten Frauenberuf zu erfüllen und die für diese Hilfe, wenn sie treu erfüllt wird, anerkennendes Entgelt bekommen verdient.

Der Gedanke der gegenseitigen Hilfe, sowohl die der Hausfrau der Hausgehilfin gegenüber als auch umgekehrt, kann allein die Basis schaffen, auf einem Vertrauensverhältnis zwischen Hausfrau und Hausgehilfin, dem wohl eine gesetzliche Unterlage zugrunde liegen soll, daß aber nur guter Wille und gegenseitiges Vertrauen zum Wohle unserer Familie aufbauen kann.

Maria Siebert, Landtagsabgeordnete.

Aus der katholischen Jugendbewegung

Jugendtreffen auf dem Rohrbardsberg am 17. Juni 1928.

Zwar vielversprechend begann es nicht. Die Sonne schien eben nur über den Wolken. — Doch wir hielten uns an den Salgentropf des Furtwängers Turmwegs: „s' git nit noch e paar schenei Täg. Je wär's ja schu!“ Trotzdem hielt sich die Stimmung.

Und so kamen wir nach fast dreistündigem Marsch auf der Schanze an. Schon sahen wir die ersten Feuer, die sich Krauthheimer, Hülzer und Hör anschauten. Melbods Jugend war schon da als die ersten.

Nun kamen sie von allen Seiten. Und ein recht frohes Leben begann. Da die Sonne keine Wärme spendete, half man sich selbst und überall flammten Feuer auf. Der Wald bot ja genug dicke Äste. Besonders günstig dazu waren die Schanzgräben, die auch im Au bezeugt waren. Der Wurst- und Brotladen unter Schonachs Leitung wurde aufgestellt. Die warmen Würste hatten der Jugend bald angetan.

Immer noch strebten sie herbei, auch die benachbarten Hofbauern ließen sich das Schauspiel in ihrer herrlichen Waldheimlichkeit nicht entgehen. — Ein Schauen, ein Fragen nach allen Seiten, bis Krauthaimers „Kautzpreden“ am Gottesdienste rief.

Ein eigenartiges Schauspiel! — In Gottes freier Natur, hoch über allem Getriebe, umstanden wir den Altar. Schonachs Musikkapelle des Jungmännervereins spielte getragen einige Musiklieder. Und zum unbedingten Kaufsch des Waldes erklangen unsere Lieder. — Mensch und Natur haben sich zur Gottesverehrung vereint. Hochw. Herr Diözesanpräses der kath. Jungmännervereine, Zuber, hielt eine kurze aber gedankentiefte Predigt über das hl. Herz Jesu — Sonnenstrahlen brachen endlich durch. Aber nach dem Gottesdienst, da „gruppelte“ es ganz erbärmlich auf uns hernieder. Nach kurzer Zeit aber konnten sich die einzelnen Gruppen zusammenfinden. Unsere Turner und Leichtathleten trugen ihre Kämpfe aus. 100 Meter-Lauf, Weitspringen, Kugelstoßen. Sie lockten viele Bewunderer an. — Ein Quartett sang schöne Volkslieder und erntete verdienten Beifall. Eine Gruppe gab unter Regenschirmen und Zeltdächern frohe Lieder. Die Schuljugend übte sich in Kauf

und Ballwurf. Ein jugendlich frohes Treiben begann, das kalter Wind nicht verwehen konnte.

Ein schöner Anblick bot das Zeltlager in der Schanze. Kufziger Stühle voll waren sie alle. Ja sogar ein regelrechter Krieg wurde ausgetrieben. Wald, Schanze und Tannenzapfen forderten ja unsere Kinder geradezu auf, ihren kriegerischen Sinn zu entwickeln.

Und da nun das Wetter immer besser wurde, hob sich auch die Stimmung umso mehr, sodas eine wirkliche Festesfreude aufkam. Das Abkochen in den Gruben und auf der Schanze trugen auch viel dazu bei. Ein Mandolinquartett aus Bleibach spielte einige Märsche schnellid und sicher. Jugendvereine tummelten sich in frohen Spielen, bis sich alles an der Hütte versammelte, wo die Erbringer ein lustiges Spiel veranstalteten. Einige Papierballons sollten Grüße von unserem Wandertreffen ins Land hinausstrahlen. Und nun traten die Kräfte zu ihren Uebungen an. Ergötzt und framm und geschmeidig zugleich drehten und wandten sie gewandt und taktvoll ihren Körper und boten allen ein Bild edler Beherrschung.

Besonders gut schnitt die Donauschinger D. J. K. ab. Unterdesen waren auch hochw. Herr Gaupräses Pfarrer Kaltenbach-Ufen mit einem hochw. Herren Präses zu uns hinausgewandert. Nach einiger Zeit sammelte auch er seine Jungmänner um sich, um ihnen zum Abschluß des Tages einige Gedanken mitzugeben.

Für uns alle sei dieser Tag ein besonderes Erlebnis gewesen: das Erlebnis der hl. Messe in Gottes freier Natur, das Gefühl, daß alle zusammengehören nicht nur als Christen, sondern auch als Mitglieder des Jugendverbandes, der wunderliche Anblick unserer Heimat von Bergeshöhe und dieses freische Erlebnis möge in uns ein dreifaches Erlebnis werden, das wir hier unrauscht von Tannwaldern uns geben möchten: So wie diese Tannen im Erdreich, mögen die Liebe zu unserer hl. Religion, zu unseren Mitmenschen, zur teuren Heimat tief in unseren Herzen Wurzeln fassen und zum Segen aller wachsen in mächtige Höhe und feste Breite.

So lang der Wandertag, der alle recht befriedigte, in schöner Harmonie aus. Nach allen Seiten wanderten sie nun wieder heimwärts. Mögen sie doch alle die Fröhslichkeit, die sie hier oben gezeigt, mit in den Werttag nehmen.

Die meisten zogen über Schonach nach Weiberg. Voran die schneidige Musikkapelle, die den ganzen Tag über unermüdblich spielte und uns auch jetzt wieder bis Weiberg geleitete. So zogert wir über Schonach in die Dreibergerstätt und besuchten dort die Wallfahrtskirche.

Die Heimfahrt entsprach der Stimmung des ganzen Tages. Wir sangen, frohe Lieder, bis ein fetter inniger Händedruck uns von unseren Kameraden trennte.

Es war ein schöner Tag!

Die Sage in der Rheinischfahrt

Duisburg, 20. Juni. Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches in der Rheinischfahrt ist die Lage in dem bestrittenen Gebiet noch nicht völlig geklärt. Nur schleppend kommt der Betrieb wieder in Gang, da unter den Arbeitnehmern noch Verhandlungen geführt werden. Die Hafenarbeiter, die sich anfänglich in einem Sympathiestreik befanden, haben inzwischen eigene Lohnforderungen gestellt und bleiben bis zur Erledigung dieser Forderungen weiter im Ausstand. Die Rheinischfahrt bleibt durch den Ausstand der Hafenarbeiter weiter stark behindert, zumal auch die Kohlenverfrachtung gänzlich stockt, weil sämtliche Kipperanlagen in den Häfen stillliegen. Ein heute gefällter Schiedspruch, der für die Hafenarbeiter eine Lohnerhöhung von 7 Prozent sieht, ist von den Parteien abgelehnt worden.

Der Roman des Weltkriegs

Wie, er soll nun doch geschrieben sein? Das Buch, daraus wir, Zeile für Zeile mit dem Finger nachzählend, die dichterische Offenbarung des größten aller Kriege, die weltliche Entzweiung unseres Bestiegen-Schieds ablesen werden möchten? Ja, als das will mir in der Tat „Der Streit um den Sergeanten Grijscha“ von Arnold Zweig (Gustav Kiepenhauer Verlag, Potsdam) erscheinen.

Mit solchem Urteil heißt man nun wohl den Mund recht voll nehmen, und fast könnte die Aufgabe, den Beweis zu erbringen, undurchführbar genannt werden — angesichts der Mängel nämlich, die ich, summarisch, von vornherein nicht verschweigen will. Wer was bedeuten die (mehr handwerklichen) Bruchstellen an der meisterlich gegossenen Form dieses epischen Kunstwerks? Erinnern wir uns, wie oft wir das Besten der großen Kriegsdichtung, der Gestaltung des graufigen Erlebnis in dichterisch objektiver Schau beklagt haben. Denn alles, was sich bisher dafür ausgab, war kaum mehr als „Literatur“, die den Krieg, augenstandenermaßen, durch ein „Temperament“ nur nicht durch das des allein zuständigen Dichters von schöpferischen Gnaden sah. Das Drama des Weltkriegs — des Krieges schlechthin — glauben wir endgültig aus der Hand des Franzosen Paul Ibsen („Das Grab des unbekanntem Soldaten“) empfangen zu haben; selbst Ibsen von Unruhs Trilogie „Ein Geschlecht“ kommt demgegenüber nur als bescheidener Mitbewerber in Betracht. Ein anderer Franzose, Henri Barbusse, hat auf dem Gebiet des Romans als erster den Weltkrieg darzustellen versucht, ist aber an der einseitig politischen-rationalen Betrachtungsweise und an der viel zu geringen Distanz zu den Geschehnissen — sein „Begegnung“ erschien schon 1918 — künstlerisch gescheitert. Andere literarische Versuche — wir denken vor allem an Georg von der Brings „Soldat Euhren“ — sind zwar ebenfalls bedeutsam, mögen aber hier nur überblickend gestreift werden.

Arnold Zweig, herkommend aus dem literarisch ungemein fruchtbaren Prager Judenviertel, ist zuerst durch kleine Prosa-Studien bekannt

geworden, von denen seine „Novellen um Claridia“ (entstanden 1912) noch heute köstlich zu lesen sind. Mit diesem Kriegroman jedoch hat er zum erstenmal das offene Meer der großen Menschheitsfragen erreicht, auf dem er nun seine um Frieden und Humanität stehenden Notrufe an alle Völker funkt, die Pazifisten oder doch Zeugen des mörderischen Weltkriegs waren. Auf welche Weise ist es ihm aber gelungen, den ungeheuren Stoff — Stoff im realistischen Sinne von Material und im subjektiven Sinne des seelischen Fluidums — zu zwingen? Zur Grund auf sehr einfache Weise: Er stellt das Schicksal des russischen Kriegsgefangenen, des Sergeanten Grijscha, beginnend mit seiner Flucht aus dem deutschen Gefangenlager im Osten und endend mit seiner widerrechtlichen Erschießung, in den Mittelpunkt des Geschehens. Das sah Zufall und Ab seiner Schicksalskurve gibt dann der Autor den Leitfaden für sein ausgreifendes Roman-gespinnt in die Hand, wobei wir gerne seiner Versicherung Glauben schenken, daß die Fabel des Buches nicht erfunden ist (und wobei wir von uns aus bemerken, daß das zahlreiche Personenverzeichnis ein reizvolles Qui pro Quo darstellt). Die Tatsache, daß der Verfasser Israelit ist, wird natürlich den Verdacht nahelegen, ob nicht die Objektivität des Dargestellten, soweit man in einem Roman davon sprechen kann, in Zweifel zu ziehen sei. Man kennt nachgerade die Argumente, mit denen eine gewisse politische Geschichtsjournalistik dem Juden jede Berechtigung absprechen möchte, in nationalen Fragen mitzureden, geschweige denn das für und Wider eines verlorenen Krieges gerecht zu beurteilen. Bis zu einem gewissen Grade scheint auch dieser Roman solchen Zweifeln Recht zu geben, dort nämlich, wo die offizielle Meinung über den Krieg mit der Volksmeinung, also die herrschende Klasse mit dem „gemeinen Mann“ kontrastiert. Kann sein, daß so seine Unterstellungen in der blutigen Geschichte ihren Grund haben. Aber dennoch wird man nicht sagen dürfen, daß die da und dort zum Ausdruck kommende antimilitarische Gesinnung des Verfassers einer antideutschen Haltung entspringt — dagegen spricht schon die liebevolle Zeichnung einiger Militärs von hohem Rang, die freilich etlichen im gleichen Maß unüberwindlich gezeichneten Figuren gegenüberstehen. So wird man z. B. in dem,

vielleicht nach dem Leben porträtierten Generalmajor Albert Schiefenschanz unsäher den damaligen Generalquartiermeister erkennen dürfen, eine Gestalt, die sich offenbar erst aus retrospektiver Schau die unvorzweifelbare Retouchierung gefallen lassen mußte. Der Leser würde auch ohne die vorweggenommene Kenntnis des Kriegsausgangs aus solchen Gegenüberstellungen das vermutliche Ende des „Röflerriegens“ errahnen, das, vom innerdeutschen Standpunkt aus gesehen, in Wahrheit ein Ringen zweier Menschentypen, des brutalen Militärs mit dem menschlichen Politiker, um die Macht war.

So nebenbei ist die Hauptfigur des Romans, des Sergeanten Grijscha, für das Buch als Schilderung der inneren Seite des Krieges ist, so wichtig wird sie doch als Mittelpunkt der besonderen Sattung: Roman. Und hier hat die Bewunderung vor der künstlerischen Komposition des Buches einzusetzen. Die Handlung ist in einer Strenge und Prägnanz durchgeführt und doch von so großartigen Schwüngen der Stimmung und des Rationements durchbrochen, daß die Architektur des Stoffes zu der Musik des Wortes in Verhältnis eines Weltzeites der Künste miteinander steht. Unberechenbar, unerklärlich wie der Krieg selbst, hebt das tragische Schicksal des russischen Gefangenen an: seine Flucht aus dem Bewachungsbüro deutscher Wachtposten, seine abenteuerliche Fahrt in der heimlichen Versteck eines Güterzuges, das Umherirren in dem ruffischen Umland, bis er bei einheimischen Wilderern ein Unterschlupf findet und von Waska, einer halb Tier, halb Menschengestalt in Frauenkleidern, dazu bemogen wird, Namen und Ausweispapiere des gefallenen Russen zu beschaffen, um somit der Gefahr des Eingefangenwerdens zu entgehen und desto sicherer durch die feindliche Front heim zu Frau und Kind in Wolodga zu entkommen. Doch statt der glücklichen Heimkehr ist ihm beschieden, in ein deutsches Militärgefängnis unter dem Verdacht der Spionage eingesperrt und zu n Tode durch Erschießen verurteilt zu werden — dies, abgesehen er die Waise im letzten Augenblick lüftet und sich als den nur entwichenen Gefangenen Grijscha auszuweisen vermag. Es nützt ihm nichts mehr: der eiserne Wirtel Schiefenschanz hat die Vollstreckung des Urteils binnen 24 Stunden angeordnet. Ein ganzer hoher Offiziersstab

von humanster Gesinnung, das freisprechende Urteil eines regelrechten Kriegsgerichts hat dem Wachtposten eines einzigen Allgemeinoffiziers weichen müssen. . .

Ich sagte es schon: diese nüchtern registrierten Klappen eines Gefangenenschieds werden unerheblich gegenüber dem Fleisch und Blut, in das Arnold Zweig das dürre Gerippe der Romanhandlung zu betten weiß. Das erzählerische und reflektierende Drum und Dran, das Atmosphärische, um es mit einem Schlagwort zu nennen, ist das Wesentliche. Nicht, daß das Buch in Stimmungen und Reflexionen verströme — die zahlreichen Gefalten aus dem deutschen Soldaten- und russischen Volksleben stehen vom Bildhauer gemeißelt da —, aber die politischen Einsichten und geistigen Erkenntnisse dessen, was unter der sichtbaren Oberfläche der Ereignisse und ihrer Ueberer geheimnisvoll webt und wirkt, die Mächte der Vernichtung und der Selbsterhaltung in ihrem furchtbaren Widerpiel werden mit hellem Verstande aufgezeigt und unerschrocken beim Namen genannt. Die Illusion vom Schicksal des Krieges und seinem verheerenden Einfluß braucht tatsächlich keinem vernünftigen Deutschen mehr erst genannt zu werden; hier geschieht es mit lauterer künstlerischer Mittelkraft auf ebenso einschneidende wie überzeugende Art.

In diesem Buch hat sich politische Reife, wahrer Menschlichkeit und künstlerische Kraft zu einem erschütternden Dokument der weltgeschichtlichen Tatsache: Krieg vereint, das wert ist, dem geistigen Besitz aller wohlmeinenden Friedensfreunde einverleibt zu werden. Sein literarischer Wert stellt es ohnehin in eine Reihe mit den wertvollsten Prosa-Schöpfungen des letzten Jahrzehnts. Dr. G. A. B.

„Die ehrenwerte Landpartie“, ein bei Oesterheld u. Co., Berlin W. 15, erscheinender abenteuerlicher Roman von Thomas Hauca, macht in amüsanter Weise mit den Eigentümlichkeiten des heutigen Japans bekannt. Man hat fast den Eindruck, mitten unter Japanern gelebt zu haben, so fein ist alles beobachtet. Nebenfalls ein ungewöhnlich eigenartiges, mit unendlichem Humor geschriebenes Buch, das nachdrücklich zur Rettung empfohlen werden kann.

Badischer Landtag

Die badische Justiz besitzt das Vertrauen des Volkes - Das Amtsgericht Gingen - Vollendete Niederlage der Kommunisten

Stimmungsbild

Karlsruhe, 20. Juni 1928.

Man kann den heutigen Tag als großen Tag der badischen Justiz bezeichnen. Es war ein ehrenvoller Tag. War auch das Vertrauensvotum schon vorausgegangen, so wurde doch durch die ausführliche Rede des Justizministers Dr. Trunk die Atmosphäre des Vertrauens noch wohltuender. Dr. Trunk behandelte die Fragen der Justiz eingehend und sachlich, läßt sich keine Antwort verbieten, hat auch Geduld für die nachweisen immer gleichen Anwürfe der Kommunisten. Ueberlegene Ruhe, die weiß, daß auch ein Seymann sich tollkühn, Raion annehmen oder mit solcher Fraktion zu Lobe hamiert wird. Selten wird eine gleiche Einheit des Saufes wiederkehren. Es sei denn, daß das Zusammenfinden im Rechtsgedanken auf weitere Gebiete fruchtbarer Samen trägt. Die Kommunisten hatten einen schmerzhaften Tag und es darf gesagt werden, daß ihre Kritik in Baden dahin zu gehen scheint, recht bald und gründlich den problematischen Rest von Nicht-Mißtrauen wegzuwirtschaften. Schon heute kann man sagen, daß ihre Niederlage so stark und die letzte Abfuhr durch Minister Kemmele und Abgeordneten Kühn so gründlich war, daß bald Ruhe einkehren dürfte bei den parlamentarischen Aufhetzungen. Das hätte sich der Abg. Bod nicht träumen lassen, daß sein Corpus delicti, der ominöse Postabschnitt des Finanzamtes über 90 Pfennig so reich und so verhängnisvoll Aufklärung finden würde. Befremdet da ein Hochwassererschütterter 90 Pfennig Steuerjuridiker, was neben der eigentlichen Entschädigung ordnungsgemäß vor sich geht und gleich ist Bod bei der Hand, in den Landtag und zum Fenster hinaus zu schreiben, die Regierung habe es gewagt, 90 Pfennig Hochwassererschütterter zu bezahlen! Abg. Kühn (Zentrum) hat dem Herrn Bod das Nötige dann auch gesagt. Alles ist eben bei diesen Leuten Agitation, ob sie nun russische Paradieszustände malen oder bei uns Frampfschaft durch Lügen und Fälschungen Skandale konstruieren wollen. Es dürfte aber jetzt aus sein damit, und auch Seymann und Genossen werden etwas gelernt haben. In Baden und Deutschland ist kein Platz für Geze und Lüge.

Nach einem Dank haben wir Minister Trunk abzustatten, daß er nämlich so warme und herzliche Worte findet der Liebestätigkeit der caritativen und anderen Genossenschaften und Organisationen aller Konfessionen vor dem ganzen Lande zu danken. Seine Worte mögen sich die Apostel des Hasses hinter die Ohren schreiben. Das Volk aber weiß sich mit Regierungsmännern verbunden, die sich nicht scheuen, ein persönliches Bekenntnis zum christlichen Gedanken öffentlich abzugeben.

Karlsruhe, 20. Juni 1928.

W.B. Kurz vor 11 Uhr eröffnet Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung, in der zuerst Abg. Bod (Komm.) eine persönliche Bemerkung gegen einen Passus im Bericht des „Bad. Beob.“, durch den er sich beleidigt fühlte, abgab.

Generalstaatsanwalt Haffner rechnete mit den Kommunisten gründlich ab und wies an Hand der Akten die Unwahrscheinlichkeit der kommunistischen Behauptungen nach. Im Falle des Arbeiters Wolf handle es sich um einen ganz gewöhnlichen Gemeinheitsverbrecher, der sich eines Schreibmaschinenbrotkrums schuldig gemacht habe und die Fahndungsbeamten bei seiner Verhaftung schwer verletzten. Es könne sich hier unter keinen Umständen um einen politischen Gefangenen handeln.

Justizminister Dr. Trunk

dankt zunächst den Berichterstattern wegen der aufgewandten Sorgfalt und Mühe. Die beiden Denkschriften über das Gefängniswesen sowohl wie über das Fürsorgewesen sollten mehr als eine Orientierung sein; sie sollten Liebe und Interesse für diese Materie wecken und Orientierung allüberall verbreiten. Der Presse sei für ihre Behandlung herzlich zu danken. Die beiden Denkschriften stünden in einem inneren Zusammenhang insofern, als jede Ausgabe für das Fürsorgewesen eine Ersparnis an Justizkosten bedeute.

In Fürsorgeerziehung käme ein größerer Jugendlicher, die infolge Veranlagung oder schlechter Umgebung und Rat in verwerflichen Zustand kämen, die es aber nicht gemorden seien, weil eben die Fürsorgeerziehung einsetzte. Alle Fälle kämen die Fürsorgeerziehung nicht hinterhalten können. Mit der fortgeschrittenen Schelte der Kommunisten gegen die Fürsorgeerziehung sei es auch nicht getan, nachdem die Kommunisten niemals gesagt hätten, wie es anders gemacht werden könne. Auch die Kommunisten könnten nicht anders als mit Liebe und Wärme sich der Verwahrlosten annehmen. Es seien durchaus ernste und pflichtgetreue Männer und Frauen, die in einer Anstalt von Einzelbetätigungen sich für die Fürsorge einsetzten. Prof. Dr. Gregor sei einer der fähigsten, der höchste Anerkennung für seine vorbildliche Arbeit verdiene. Der Strafvolkzug müsse human, aber doch mit der nötigen Kraft durchgeführt werden. Es sei noch einiges zu tun in den Gefängnissen, aber man müsse auch mit der Leistungsfähigkeit des

Staates rechnen. Die Kommunisten stellen nur Forderungen, bewilligen aber keine Ermäßigungen. Der Minister dankt den caritativen Organisationen beider Konfessionen für den echten christlichen Geist, mit dem sie sich in der Fürsorgeerziehung betätigen hätten. (Lebhafte Zustimmung.)

Justiz sei ein Instrument, um das Gesetz zu erfüllen, das das Volk gegeben in sozialer und fortgeschrittenem Sinne. Eine andere Einstellung gebe es in Baden nicht. Es sei zu begrüßen, daß die Vergleiche im Zivilprozess durch die Tätigkeit der Richter gemacht sei, denn es sei auch Sache der Justiz, zu verschöhnen. Staatsanwälte und Richter müßten dem Volke gegenüber hilfsbereit sein.

Die Vorwürfe der Kommunisten kämen aus ihrer subjektiven Einstellung und aus ihrem Bedürfnis für ihre Agitation. Es bestesse das einmütige Anerkenntnis aller Parteien, daß es in Baden keine Vertrauenskrise gäbe. Diefem Urteil stimme auch Reichstagsabgeordneter Dr. Haas in seiner Rede zum Reichsjustizministerium und in seiner journalistischen Polemik gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts in vollem Umfange zu, ebenso wie der frühere sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Hebrich daselbst bestätigte. Die badische Regierung sei immer bereit gewesen, ohne politische Erwägungen rein sachlich zu prüfen, ob Gnadenhilfe nötig geworden seien. Dazu brauchte man in Baden keine Anträge, da Würdige und Unwürdige betroffen würden, viellecht sogar der Würdige benachteiligt würde.

Die Emmingerische Reform habe die kleinen Zuständigkeiten des früheren Schöffengerichts an den Einzelrichter, und zwar aus Sparmaßregeln, gebracht.

Die Tätigkeit des badischen Einzelrichters sei eine gute und könne nicht gescholten werden. Die Ausdehnung des Strafbereichs habe sich bewährt, sie würden meist rechtskräftig. Es sei aber nichts dagegen einzumenden, wenn in der Zukunft dem Einzelrichter wieder Schöffen beigesetzt würden. Im Verlauf der weiteren Reform könnte man etwa auch die kleine Strafammer abbauen und als Berufungsinstanz für die Schöffengerichte die große Strafammer einrichten. Im Interesse der Sache und der Rechtsprechung könnte man nicht mehr zum alten Schwurgericht mit der gesonderten Urteilsbildung der Geschworenen zurückkehren. Von allen Seiten, insbesondere auch von Geschworenen, seien dem jetzigen Schwurgericht die besten Zeugnisse ausgesprochen worden.

In der Konferenz mit den Landgerichtspräsidenten sei ausdrücklich die Zuziehung des zweiten Richters, soweit es die Strafprozessordnung erlaube, verlangt worden. Die Zuziehung von Assistenten und Referendaren als 2. Richter sei vom Ministerium strikt verboten worden.

Man mache auch den Vorwurf des zu langsamen Ganges der Rechtsprechung. Das komme von der Ueberbürdung der Gerichte, insofern der Zahl als auch der Kompliziertheit der Materie nach, insbesondere habe die Aufwertungsgesetzgebung Verge von Arbeit gebracht. Mit dem 1. Juli 1928 werde die letzte Sonderabteilung für Aufwertung abgebaut. Die Arbeit sei jetzt erledigt. Im ganzen seien 104 000 Aufwertungsanmeldungen bei den Gerichten erfolgt, bei denen 17 000 Einsprüche erfolgten und 24 807 Anträge auf Einleitung des Verfahrens gestellt worden seien. Bis zum Dezember seien 24 000 Fälle verabschiedet gewesen und nur noch ein Rückstand von 900 Fällen vorhanden gewesen. Das Verfahren im Zivilprozess sollte noch beschleunigt werden und hier sollte das beschleunigte Verfahren der Arbeitsgerichte beispielgebend wirken. Die Justizverwaltung werde gegen die Verschleppungstatistik rücksichtslos vorgehen, da das heutige Arbeitstempo keine Zeit zu verlieren habe.

Durch die Abgabe der Strafprozessreform sei immerhin eine Erleichterung auch bei den Haftstrafen zu konstatieren. Man könne jetzt nicht mehr sagen, es werde zu viel verhaftet. Der Generalstaatsanwalt habe die besondere Kontrolle auszuüben. Von rund 82 000 eingeleiteten Untersuchungsverfahren seien am Schluß des Jahres noch rund 7000 Haftverfahren übrig geblieben. Die Zahl der Haftbefehle werde aber nur rund 650 betragen. Ein Grund zur Klage liege jetzt nicht mehr vor. Die Franzosen würden jedenfalls auch in Zukunft darauf bestehen bleiben, die Ladungen auf diplomatischem Wege über Paris und Berlin zu erledigen. Es sei zugegeben, daß man den technischen Fortschritt auch in den Kanzleien der Justiz nicht gleich dienstbar machen müsse. Aber dazu seien Geldmittel nötig, die sich allerdings später in Ersparnisse auswirken würden. Die allgemeine Einstellung des Landtages, daß die kleinen Amtsgerichte beibehalten werden, würde berücksichtigt werden.

Die Grundbuchamtsorganisation würde beibehalten, aber man brauche eine bessere Schulung der jüngeren Grundbuchamtsgehilfen, damit das Grundbuch in Ordnung bleibe. Auch dem Notariat müsse besondere Anerkennung gesagt werden, daß die Arbeit sich ungeheuer gehäuft hätte, so seien bei einer wesentlichen verminderten Zahl der Notare (126) bei vermindertem Kanzleipersonal (190 gegen 340 vor 4 Jahren) 87 000 Notariatsfälle, 20 000 mehr als früher, erledigt worden.

Die Justizverwaltung arbeite sparsam. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1918 nur 2,65 M. Kosten, im Jahre 1926 seien es 8,81 M. gewesen, bei Preisen seien es 4,05 M., so daß man angesichts des gesunkenen Geldwertes wirklich von einer sparsamen Verwaltung sprechen könne. Der Minister kommt sodann auf den liberalen Wunsch auf Verreichlichung der Justiz zu sprechen. Baden habe für Justiz einen Zuschuß von 7,7 zu leisten, die bei Verreichlichung dem Reiche zur Last fielen. Wenn das Reich diese Summe tragen könnte, so müßte das Reich heute schon in der Lage sein, die Länder auf dem Wege des Finanzausgleiches zu stärken und damit die Staatshoheit zu stabilisieren. Eine Erhöhung der Justizeinnahmen sei nicht zu erwarten, da die Prozessinfation und

die Goldbilanzaufstellungen mit ihren Erträgen für die Justiz vorüber seien. Man könne daran denken, da Rentensalter der Richter auf 68 Jahre festzusetzen, obwohl auch Gründe für die Grenze 65 sprächen.

Die wirtschaftlichen Interessen Singens a. S. forderten die Errichtung eines Amtsgerichts, man könne sich diesem Wunsche nicht verweigern, insbesondere da die Gemeindeverwaltung Singen wegen der Gebäudefrage dem Staate weitestens entgegenkommen würde, ohne Erhöhung des Aufwandes. Alle Amtsgerichte am Bodensee würden beibehalten im Sinne der Wünsche des Landtages.

Es sei höchst erfreulich, daß es der badischen Justiz gelungen sei, das allgemeine Vertrauen der Parteien zu erobern. (Lebhafte Beifall.)

Staatspräsident Dr. Kemmele macht einer Bemerkung des Abg. Bod (Komm.) gegenüber die Feststellung, daß Bod sich einer Unierschlagung der Wahrheit schuldig gemacht habe, insofern er behauptet habe, der Landwirt Lorenz Hed in Elchesheim habe 90 Wfa. Hochwassererschütterter erhalten. Es sei festzustellen, daß es sich hier um zurückbezahlte Grundsteuer handle, während schon 15 Prozent für Hochwassererschütterter ausbezahlt und nach Genehmigung der Staats weitere 15 Prozent zur Auszahlung kämen. Diese Auszahlungen hätten die Gemeinden vorgenommen. Außerdem verhandele das Land mit dem Reich um weiteren Zuschuß. Es sei fest, daß Bod den Tatsachen unterschlagen habe.

Abg. Kühn (Zentr.) weist die kommunistischen Angriffe gegen die Verherrlichung des „Republikaners“ zurück und zeigt am heutigen Fall, wie sehr man den Kommunisten mit Mißtrauen zu begegnen habe. Es sei unerhört, was Bod hier vorgebracht habe, da er genügend Zeit gehabt hätte, sich rechtzeitig zu orientieren. Bod habe leichtsinnig gehandelt und die Gewissenhaftigkeit — vornehmlich Pflicht des Abgeordneten — aufs grüßlichste verletzt. Wenn die Kommunisten Flugblätter darüber verbreiten wollten, so würde das Zentrum auch einmal in einem Flugblatt die Unzuverlässigkeit der Kommunisten in aller Öffentlichkeit an den Pranger stellen. Den Kleinbauern in ihrer Not geben die Kommunisten nichts als Agitationsphrasen und heiserliche Flugblätter. (Lebhafte Beifall.)

Es wird sodann in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Bod (Komm.) richtet wieder eine Beschwerde wegen angeblich parteiischer Justiz gegen das Justizministerium.

Justizminister Dr. Trunk geißelt die Methoden und Taktik der Kommunisten. Die Verhandlungen gegen den kommunistischen Abgeordneten Kengler hätten die Methoden der „Arbeiterzeitung“ deutlich entführt. Man habe nichts als Heuschreckel. Die Kommunisten sollten die gegen sie gefällten Urteile in ihren Zeitungen veröffentlichen, sie könnten nicht heute die Stiefel am Minister abputzen und dann erwarten, daß er alle Anfragen der „Arbeiterzeitung“ bereitwillig beantwortet. Das Ministerium werde seine Pflicht auch gegen die „Arbeiterzeitung“ tun und durch Strafanträge die Möglichkeit des Wahrheitsermittels geben.

Abg. Obkircher (lib. Wpt.) tritt für Verzeihung der Justiz ein. Die Kommunisten seien auf die unnahre Agitation angewiesen, da sie davon lebten. Die Todesstrafe müsse beibehalten werden. Redner freut sich über das allgemeine Vertrauen, das die badische Justiz genießt und bringt Wünsche über die Organisation der Staatsanwaltschaft und der Eingruppierung der Staatsanwälte vor.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) spricht sich gegen die Todesstrafe aus, auch im Hinblick auf die zu erfindende Gemeinlichkeit des Strafrechts mit Österreich, das die Todesstrafe abgeschafft habe. Es müßte die Sinaufhebung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre bei den Richtern erstrebt werden.

Justizminister Dr. Trunk stimmt der Schaffung einer badischen Dienststrafordnung zu, damit endlich die nötige weite Inflation erscheine. Die Verschleppung rühre vom Reiche her, das schon seit Jahren die Reichsdienststrafordnung bearbeite, aber noch nicht damit zu Ende gekommen sei. Die Staatsanwaltschaft sei wirklich nicht Stiefkind in der Organisation der Justizverwaltung. Es müsse durch die Stellung selbst für tüchtige Juristen der Anreiz zum Uebergang zur Staatsanwaltschaft gegeben werden. Wenn Referendare nicht als Einzelrichter verwendet werden sollten, wären 30 Richter mehr nötig. Im übrigen müßte man auch die jungen Juristen einmal an die Verantwortung heranlassen. Der Reichstag habe über die Todesstrafe zu entscheiden, jedenfalls würde nach dem jetzigen Reichstag die Todesstrafe fallen. Die Todesstrafe sei für schwere Verbrechen nötig. In Baden sei noch kein Fehlurteil gefällt worden. Die Regierung, die letztes Gnadengesuch zu verabschieden habe, habe schwerste Verantwortung und prüfe sorgfältig. Zwischen Vollstreckung und Gnadenverfügung müßte einige Zeit liegen, um dem Verurteilten Zeit zur Erfüllung der letzten Wünsche zu geben. Für ein Verbrechen, wie das auf dem Felberberge käme, es nichts anderes als die Todesstrafe geben. Die badische Justiz, insbesondere die Staatsanwaltschaft tue alles, um eine Sühne herbeizuführen. Man wisse ganz genau, daß die beiden Opferinnen als Opfer der Wahrung ihrer fraulichen Würde gestorben seien.

Schluß 1/2 Uhr. Fortsetzung 1/4 Uhr.

Rachmittagsitzung
Voranschlag des Justizministeriums.
Einzelberatung.
Kurz nach halb 4 Uhr eröffnet Präsident Dr. Baumgartner die Sitzung.

In der Fortsetzung der Einzelberatung

erhält zunächst
Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.)

das Wort, der es ablehnt, nochmals die Generaldebatte zu eröffnen. Ein weiterer Nachteil der Emmingerischen Reform sei die Beschränkung der Rechtsmittel durch Zuweisung der Geschäfte an den Einzelrichter. Die Innenaussstattung der Gerichtsgebäude sei geradezu ärmlich und fiedel jämmerlich gegenüber Rathhäusern, Ortskrankenkassen usw. ab. Die Denkschrift der Justizamtänner wegen weiterer Uebertragung von Geschäften an die mittlere Justizbeamtenchaft biete wertvolles Material. Eine weitere Entwicklung auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit sei möglich. Die Regierung möge, wenn weitere Erfahrungen gesammelt seien, eine Denkschrift vorlegen. Die mittleren Justizbeamten könnten eher als Stiefkinder der Verwaltung angesehen werden als die Staatsanwälte. Auch der jetzige Personalanhang werde den billigen Forderungen nicht gerecht, insbesondere sei es bedauerlich, daß die Leiter der Verfahrensabteilungen keine Spitzenstellungen eingeräumt bekommen hätten. Der Bericht des Rechnungshofes zeige übrigens, daß das von der Justizbeamtenchaft beforderte Justizrechnungswesen in bester Ordnung sei und es müsse angestrichelt werden, daß die Justizbeamtenchaft nicht schlechter behandelt werden wie die anderer Ressorts. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Großhans (Zog.) spricht zu speziellen Verhältnissen Singens a. S.

Beim Titel III „Notariate und Grundbuchämter“ fordert Abg. Dr. Walded (lib. Wpt.) die völlige Gleichheit im ganzen Reich. Die Rechtsanwälte dürften von den Notariatsgeschäften nicht ausgeschlossen werden, da eine dauernde Einengung des Tätigkeitsbereiches der Anwälte vollzogen werde und damit die Proletarisierung dieses Standes gegeben erscheine.

Justizminister Dr. Trunk bekennt sich als früherer Rechtsanwalt als Freund des Anwaltschaftsstandes und verpricht auch weitere Förderung der guten Beziehungen zwischen Justiz und Anwaltschaft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Anwaltschaft seien weithin kritisch, da trotz finanzieller Schwächung weiterer Volkskreise der Zubrang zum Anwaltschaftstand zugenommen habe. Wenn man auch Verständnis für die Wünsche des Anwaltschaftsstandes haben könnte, könnte bei der gegenwärtigen Organisationsform keine Verbesserung eintreten. Rheinland, Württemberg, Bayern hätten eine Baden ähnelnde Organisation. Es sei eigentlich zu bedauern, daß die Rechtsanwaltschaft nicht zu den Arbeitsgerichten zugelassen sei.

Abg. Hertle (D.-Nat.) begrüßt mit Freuden die Zusage des Justizministers, die bisherige Grundbuchamts-Organisation zu belassen.

Abg. Eggler (Ztr.) weist nach, daß es der Autorität des Arbeitsrichters abträglich sei, wenn der Arbeitsrichter in derselben Tagesordnung auch als Prozeßvertreter erscheine.

Abg. Heinrich (Ztr.) bezeichnet das Objekt vor den Arbeitsgerichten erster Instanz als so geringfügig, daß die Anwaltschaften zu hoch würden. Wenn auch der Arbeiter keinen Anwalt zu nehmen bräuhete, so würde doch der Arbeitgeber sich einen zulegen, so daß auch letzten Endes der Arbeiter einen Anwalt zu nehmen gezwungen sei. Redner bricht eine Lanze für die Arbeitnehmervertreter und ihre Fähigkeiten. Im übrigen sei zu wünschen, daß der Tarifvertrag im Geiste des Friedens durchgeführt würde, so daß man nur im Sonderfall vor's Arbeitsgericht gehe.

Bei Titel IV „Allgemeine Ausgaben für Rechtspflege“ spricht Abg. Seymann (Komm.).

Abg. Weßmann (Zog.) betont, daß die Kommunisten keine Verantwortung hätten, sich mit anderen Parteien zu beschäftigen. Man dürfe nur an die kürzlich abgeurteilten Briefkäffleraffäre des früheren Reichstagsabg. Kengler denken, der ihm von der kommunistischen Parteizentrale in Berlin überlieferten gefälschten Briefe des Staatspräsidenten Kemmele, Staatsrats Maxum usw. in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlichte und nun, nachdem der Wahrheitsbeweis mitlungen, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei. Die Parteizentrale in Berlin habe Kengler hineingeheißelt und ihn nachher vollkommen im Stich gelassen.

Abg. Ritter (Komm.) verurteilt eine Ehrenrettung Kenglers.

Zum Titel V „Fürsorgeerziehung“ bezeichnet die Frau Abg. Blase (Zog.) die Denkschrift des Justizministeriums als vorzüglich und bezeichnet den Zweck der Fürsorgeerziehung die Erziehung der verwahrlosten Jugend zum sittlichen, tüchtigen Menschen. Die Sozialdemokratie gebe der Familienerziehung den Vorzug. Die wirtschaftliche Not und der Krieg erkläre die Zunahme der Höglinge.

Abg. Frau Straub (Dem.) bedauert das späte Einsetzen der Fürsorge, manchmal erst dann, wenn nichts mehr zu retten sei. Die Wirksamkeit aller sei nötig zur Behebung dieser Not. Die Fürsorgeabteilungen seien in den Anstalten gut aufgehoben, da nicht immer Familienerziehung möglich sei. Es müßten mehr Anstalten unter Leitung von Lehrern eingerichtet werden.

Abg. Wagner (lib.) fordert bauliche Veränderung in der Anstalt Sindheim.

Abg. Siebert (Ztr.) sieht in der Statistik des Justizministeriums Zahlen, die aber Leben werden. Dem Ministerium solle man für die Denkschrift dankbar sein. Die Familie als Volksgemeinschaft und als guter Erbsitz sei gute Umgebung für Höglinge. Nur sittlich hochwertige Eltern könnten hier in Frage kommen. Vom Standpunkt der Interessenvertretung der Kinder müßte man wünschen, daß die Kinder in pädagogisch vorgebildete, heilpädagogisch gesuchte Obhut, und das seien die Anstalten, genommen werden. Neben den sozialen Verhältnissen sei

auch die sittliche Verwahrlosung hauptsächlich (Sehr richtig im Zentrum.) Der Buchstabe allein könne nicht retten, wenn nicht der Volkswille, der sittliche Kulturwille mithelfe. Aus sittlichem Glauben entspringe vielfach das soziale. Man sollte einmal den Kommunisten wünschen, sie sollten nur 5 Wochen Tag und Nacht Erziehungsarbeit von sozialen Elementen übernehmen, dann würden sie sich anders einstellen. Da gehöre eine selbstlose Hingabe von unglaublichem Verzicht auf eigenem Lebensformwille dazu. Nur aus den Tiefen der christlichen Ethik entspringe die Kraft, verkümmerte Seelen für die Menschheit nutzbar zu gestalten. (Bravo im Zentrum.)

Beim Titel VI „Strafanstalten“ wendet sich Abg. Herrmann (Wittsch) gegen die Gefangenarbeit als Konkurrenz des handwerklichen Mittelstandes. Man solle die Gefangenen in der Hauptsache mit landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigen. Man müsse sich dagegen wenden, wenn alle Staatsbedürfnisse aus der Gefangenarbeit gedeckt werden sollten. Im großen ganzen könne man mit den staatlichen diesbezüglichen Vorschriften einverstanden sein.

Abg. Lang (D.-Nat.) geht des näheren auf die Gefängnisarbeit ein und gibt Beispiele, insbesondere aus dem Buchbindergewerbe.

Schluss der Sitzung halb 7 Uhr. Fortsetzung Donnerstag 9 1/2 Uhr.

Chronik

Ettingen, 20. Juni. Bei der Badischen Baumwollspinnerei und Weberei A. G. in Neurod war bekanntlich im Jahre 1926 wegen Auftragsmangel eine Stilllegung nötig geworden. Wie die Direktion mitteilt, gelang es damals, die Schließung des Betriebes auf kurze Zeit zu beschränken und schon nach wenigen Wochen, wenigstens in beschränktem Maße, die Arbeit wieder aufzunehmen und die Arbeiter nach und nach wieder einzustellen. Einige der entlassenen Arbeiter erhoben damals auf Betreiben der Gewerkschaft gegen die Fabrikleitung Klage wegen des Ausfalls des Verdienstes, indem sie die Stilllegung als nur zum Schein erfolgt hinstellte. Das Landgericht Karlsruhe sprach in erster Instanz die Klage zu. Dieses Urteil ist jetzt in der Revisionsinstanz vom Reichsgericht aufgehoben und festgestellt worden, daß das Verfahren der Firma in Neurod vollständig korrekt war, daß insbesondere die Stilllegung durch die Verhältnisse unabweislich und von den Klägern keinerlei Beweis dafür erbracht worden sei, daß es sich um eine Scheinstilllegung handele. Die Kläger sind mit der Klage abgewiesen worden und haben die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Schwellingen, 20. Juni. (Schwellingen als Spargelfurort.) Der amerikanische Geschäftler in Berlin, Mr. Schurman, hat für den 18. Juli seinen Besuch in Schwellingen, wo er Erholungsaufenthalt nehmen will, angemeldet. Gleichzeitig wird eine amerikanische Ärzte-Studienkommission in Schwellingen weilen, die Schwellingen in seiner Eigenschaft als Spargelfurort besuchen und die Bekanntheit der Spargelfururen in Amerika propagieren wird.

Tairnbach, 19. Juni. (Zu dem Brand im Schlosse Rodenstein.) Zu dem Brand im Schlosse Rodenstein wird noch gemeldet: 10 Familien, die den ersten und zweiten Stock bewohnten, sind durch den Brand obdachlos geworden. Das Mobilar wurde bei den Rettungsarbeiten zum größten Teil vernichtet oder beschädigt. Der Gebäudeschaden wird auf 60 000 Mark angegeben. Der Fahrzeugschaden auf 20 000 Mark, doch sind die Bewohner des Hauses sämtlich durch Versicherung gedeckt.

Nielheim, 20. Juni. (Ein doppeltes Unglück.) Im Anwesen des Landwirts Friß Bauer brach ein Brand aus, der durch rasches Eingreifen der Feuerwehr keinen allzu großen Schaden anrichten konnte. Sauer selbst kam am Tage nach dem Brand aus der Seidelberger Klinik zurück, wo er mit schweren Verletzungen, die er sich kürzlich bei Verunglückung mit seinem Fuhrwerk zugezogen hatte, gelegen war, um in der Heimat von seinen schweren Leiden erlöst zu werden.

Wallbörn, 20. Juni. (Ein schwerer Straßeneinbruch.) Ralfbrenner hat von hier wurde, als er seinen auf die Straße gefahrenen Hut aufheben wollte, von einem Motorabfahrer auf die Seite geschleudert und so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Garbheim (Baden), 20. Juni. (Glück im Stall.) Ein seltenes Glück hatte dieser Tage der Landwirt Werberich. Durch den Auf einer Kuh wurde er veranlaßt, in den Stall zu gehen und fand dort gesund und munter dasjenige seine Kuh und neben ihr drei gesunde Kälber, die ihre Köpfe ihm munter entgegenstreckten.

Baden-Baden, 20. Juni. (Fremdenverkehr.) Die Zahl der seit 1. Januar d. J. in Baden-Baden angekommenen Fremden hat am 16. Juni die statistische Ziffer von 40 000 überschritten. Diese Zahl wurde im letzten Jahre erst am 29. Juni erreicht. Wähler sind etwa 4000 Fremde mehr angekommen als im Vorjahre. Diese erfreuliche Zunahme erstreckt sich nicht nur auf den Besuch aus dem deutschen Reich, sondern auch aus dem Auslande. Das Hauptkontingent stellen wiederum die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Bühl, 19. Juni. (Strefemann in Baden.) Im Laufe der nächsten Tage wird Reichsaussenminister Dr. Strefemann auf Sanatorium Bühlhöhe zu einem längeren Erholungsurlaub eintreffen.

Kahr, 20. Juni. (Die ehem. 169er) und ihre Formationen beabsichtigen am 1.—3. September 1928 in ihrer alten Garnisonstadt Kahr den 2. Regimentstag verbunden mit Denkmalweiheung abzuhalten. Nähere Auskunft erteilt der Hauptprotokollant in Kahr zu Händen des Herrn Major a. D. C. Albert, Bühlstraße 7.

Kahr, 20. Juni. (Ehrung des Oberbürgermeisters Dr. Alfelig.) Dem Oberbürgermeister Dr. Alfelig, der jetzt in den Ruhestand tritt, ist seitens des Staatspräsidenten ein Schreiben ausgegangen, in dem seine Verdienste um die Stadt Kahr während seiner langen Dienstzeit gewürdigt werden. Die badische

Landwirtschaftliches

Zum Lehrgang für Versuchsringweien der Bad. Landwirtschaftskammer

Unter den mannigfachen Maßnahmen zur Hebung und Ueberwindung der gegenwärtigen schweren Not der Landwirtschaft stellen die Versuchsringe eines der erfolgreichsten Mittel bäuerlicher Selbsthilfe dar. Die organisierte Nutzbarmachung und Ausdehnung der neuesten wissenschaftlichen Erfindungen und moderner Landwirtschaftstechnik in die gesamte landwirtschaftliche Produktion findet im vielseitigen Aufgabenkreis der Versuchsringe zielbewußten Ausdruck. Hier wird dem angeschlossenen Landwirt unter strenger Beachtung der vorliegenden natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den praktischen Ansehungsunterricht des Versuchs auf eigener Scholle der Weg gezeigt, wie durch rationelle Bearbeitung, erprobte Kulturmaßnahmen, passende Sortenwahl, entsprechende Düngung, zeitgemäßen Futterbau, wirksamen Pflanzenschutz, zweckmäßige Leistungsfütterung und rentable betriebswirtschaftliche Maßnahmen die Erträge erhöht und die Produktionskosten gesenkt werden können.

Dank zielbewußter Zusammenarbeit von Landwirtschaftskammer und Landwirtschaftsschulen ist es mit Hilfe von Mitteln des Reichs, der Kammer und Kreise in der kurzen Zeit von kaum zwei Jahren gelungen, die bisherige Zerstückelung in der Landwirtschaftsförderung durch Verfertigung von Staatshilfe und Selbsthilfe im ganzen Lande zu beheben. Landwirtschaftsschulen und Versuchsringe reichen sich unter Oberleitung der Landwirtschaftskammer für die Folge die Hand, um durch „Versuch und Beispiel“ möglichst in allen Gemeinden des Landes die Grundlagen rationaler Landwirtschaft zu schaffen. In 29 bäuerlichen Versuchsringen mit etwa 850 Ringgemeinden — das sind gut die Hälfte sämtlicher Gemeinden des Landes — sind über 2050 bäuerliche Versuchswirtschaften mit 3180 Versuchen heute schon tätig, um die große Masse der kleinen und mittleren Landwirte zu fortschrittlicher Betriebsführung anzuregen und anzuleiten und damit zur Ueberwindung der Agrarnot wie auch der Nahrungsfreiheit unseres Volkes beizutragen.

Die 3180 Versuche verteilen sich auf 2107 Versuche des Ackerbaues wie Sorten, Düngungs-, Bodenbearbeitungs- und Kulturversuche verschiedener Art, 658 Grünland- und Ackerfutterversuche, 36 Handelsgewächs- und Obstbauversuche, 60 Versuche der Viehwirtschaft, 110 der Betriebswirtschaft und 205 Pflanzenzuchtversuche. Außerdem enthält das Arbeitsprogramm 1928 bereits die Durchführung von 95 Beispielsätern, 169 Beispielsätern, sowie von 81 größeren Meliorationen in den verschiedenen Teilen des Landes.

Auf dem Wege vom „Versuch“ zum „Beispiel“ und von der „Beispielwiese“ müssen sich diese über 2000 Versuchswirtschaften zu ebenbürtigen „Beispielwirtschäften“ in kürzester Frist entwickeln, um als neuzeitliche und gutgeleitete Bauernwirtschaften durch das Beispiel einwandfreier Betriebsführung befruchtend auf die Nachbarbetriebe in der Gemeinde in möglichst weitem Umkreis einzuwirken.

Die badischen Landesökonomieräte sind ihrer Eigenschaft als Versuchsringleiter mit ihren Assessoren- und Ringassistenten — etwa

70 an Zahl — für die Tage des 18./20. Juni von der Landwirtschaftskammer zu einem Lehrgang für Versuchsringweien in die Landeshauptstadt zusammengerufen, um in Vorträgen hervorragender Vertreter der Landwirtschaftswissenschaft landwirtschaftlicher Hochschulen und Universitäten, sich mit dem neuesten Stand der Wissenschaft und Technik oder auf Erfahrungen nach dem Versuchsfeld der Abteilung Pflanzenbau in Forchheim einschließlich Reichsstabforschungsinstitut und der Saatgutanstalt Rastatt mit den brauchbarsten Methoden der Versuchstechnik bekanntzumachen. Auch die benachbarte Schweiz und das stammverwandte Kärnten haben zu dieser Tagung Teilnehmer entsandt.

Zu gleicher Zeit rufen die Versuchsringe im ganzen Lande zu den Ende Juni schon beginnenden Ringfahrten auf, die bereits den an der Entwicklung des bäuerlichen Versuchsringweiens interessierten Behörden und Organisationen, in der Hauptsache aber den Ringmitgliedern und sämtlichen Landwirten Gelegenheit bieten, bei den Gemarkungsrundgängen der zu besichtigenden Ringgemeinden die vielseitige Tätigkeit der Versuchsringe in ihrem Bestreben für neuzeitliche und fortschrittliche bäuerliche Landwirtschaft kennen zu lernen.

Es ist wohl berechtigt, den bäuerlichen Versuchsringen auch weiterhin eine günstige Entwicklung zu prophezeien, vorausgesetzt, daß sich die Landwirte auch samt und sonders dieses besten Instrumentes der Selbsthilfe auch wirksam bedienen. Dies wäre der beste Dank, den unsere Landwirte ihren Führern und Beratern für ihre mühevolle Arbeit im Dienste des Versuchsrings abstaten könnten!

Wohl kann der Versuchsring niemals ein Allheilmittel zur Besserung der Lage in der Landwirtschaft sein, aber er kann für Tausende badischer Bauern ein Rettungsanker werden, um auch in schlechten Zeitaltern mit dem geringsten Aufwand die höchste Produktion zu erzielen und dadurch beitragen, daß die Rentabilität der Landwirtschaft zum Segen der ganzen deutschen Volkswirtschaft wieder in geregelte Bahnen geleitet wird.

Eberhard.

Amerikanischer Preis für ein Zuchtkalb

Es ist bekannt, welche Bedeutung die amerikanischen Landwirte, besonders die der Vereinigten Staaten von Nordamerika, der sorgfältigsten Pflanzen- und Tierzucht beimessen. Die glänzenden Erfolge entsprechen dem Bemühen, auch landwirtschaftlich an der Spitze der Welt zu marschieren. Freilich, die Ausgaben für diese Zucht- und Hochzucht sind auch recht amerikanisch. Für Zuchttiere mit vorzüglichen Qualitäten wurden bisher wirklich fabelhafte Preise bezahlt, bis 85 000 Dollar (fast 160 000 Mark). In amerikanischen Blättern lesen wir jetzt die Nachricht, daß ein Stierkalb mit sage und schreibe 125 000 Dollar (über eine halbe Million Mark) bezahlt wurde. Das Kalb soll von einer Kuh mit 17 000 Liter Milch Jahresleistung — auch recht amerikanisch! — abstammen.

Gewiß können wir deutschen Landwirte herartige Summen für bestaunenswerte Zuchtkalber bei weitem nicht zahlen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil wir bei weitem weniger Geld haben als unsere amerikanischen Berufsgenossen. Immerhin aber lehren uns solche Preise, was gute Zuchttiere für gute Vieherträge bedeuten, denn die Amerikaner rechnen genau und zahlen keine Preise, die sich nicht bei richtiger Fortzucht und Viehhaltung wirklich rentieren.

Staatsregierung hat ihm für seine Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Freiburg, 19. Juni. (Singerter Raubüberfall in Haslach.) In den Mittagsstunden fuhrten hier Gerichte von einem Raubüberfall in einem der Siedlungshäuser im Vororte Haslach. Ein bettelnder Handwerksbursche sollte ein 14-jähriges Mädchen, das ihn beim Betteln abgewiesen hatte, überfallen haben, wenigstens eilten auf die Hilfen des Mädchens die Bewohner der benachbarten Häuser zusammen, sogar das Notrufkommando wurde herbeigerufen. Die polizeilichen Erhebungen haben ergeben, daß das Mädchen beim Türanschlagen die Glascheibe selbst zertrümmert hatte und aus Furcht vor den Folgen rief sie dann laut um Hilfe und behauptete einfach, der Bursche habe die Scheibe eingeschlagen und sie überfallen wollen.

Breisach, 19. Juni. (Der verhängnisvolle Sprung.) In der Militärbadanstalt in Neubreisach glitt der Soldat Meher beim Sprung ins Bassin derart unglücklich aus, daß er den Hinterkopf auf einer Holzstange aufschlug und im Wasser versank. Kameraden tauchten sofort unter, um nach dem Verwundeten zu werden, konnten ihn jedoch nicht finden, so daß das Bassin abgelassen werden mußte, wo er dann endlich als Leiche geborgen werden konnte.

Miein, 20. Juni. (Gefährliche Arbeit beim Bau des Rember Kraftwerkes.) Am unteren Ende des ersten Teilstüdes des Grand Canal d'Alace werden zurzeit umfangreiche Vaggerungen vorgenommen. Im Verlaufe derselben wurden seit Ende Mai Blindgänger von Minen gehoben und gesprengt. Dieser Platz gehört bis 1719 der linksrheinischen Gemarkung der Gemeinde Miein, neben dem Dorfe Rosenau, woselbst während des Krieges ein Schießplatz für Minenwerfer sich befand. Wiederholt sind nun bei Sprengung der Blindgänger Sprengstoffe derselben sogar auf die rechtsrheinischen Teile der Gemarkung Miein und in die Nähe des Dorfes Miein geschleudert worden, zum

Glück wurde aber niemand von den im Freien arbeitenden Leuten verletzt. Vor einigen Tagen erfolgte beim Vaggen durch vorzeitiges Losgehen einer Mine eine starke Detonation, wobei wiederum verschiedene Orientierte weit umher geschleudert wurden. Wie verlautet, soll dabei ein Vaggen schwer beschädigt worden sein. Bis jetzt hört man noch nichts von ausreichenden Sicherungen gegen diese gefährlichen Arbeiten.

Bruch, 19. Juni. (Ein Reger als Lebensretter.) Dieser Tage fiel am unteren Rheinweg ein Knabe beim Spielen in den Rhein. Ein zur Zeit in Basel wohnhafter Reger sprang ohne zu zögern in den Rhein und rettete den Ertrinkenden.

Todmoos, 20. Juni. (Ueberfahren.) Gestern mittag fuhr der Knabe eines Schmiedemeisters in Todmoos-Au mit zwei schweren Holzmagazinen das Wehratal hinab. Unterhalb Todmoos-Au, wo das Gefälle der Straße stärker wird, mußte er am mittleren Wagen die Bremsen anziehen. Dabei kam er so unglücklich zu Fall, daß ihm ein Rad des schweren Holzmagazins über beide Beine fuhr. Mit schweren Unterschenkelbrüchen mußte er ins Krankenhaus verbracht werden. — (Neue Gloden.) Die vier neuen Gloden für die neue Kirche des Wallfahrtsortes Todmoos sind nun angekommen. Die feierliche Einweihung findet in nächster Zeit statt.

Freudenstadt, 20. Juni. (Ein neues Auto verbrannt.) Durch einen Brand wurde in der Murgtalstraße innerhalb von zehn Minuten ein ganz neues Auto vollkommen zerstört. Bei der Einnahme von Benzin schlug plötzlich eine Etichflamme empor. Der Lenker des Autos verließ sofort den Wagen, im gleichen Augenblick stand der Motor in Flammen. Der Tank des Autos mit 35 Liter Benzin explodierte mit einer riesigen Feuerfäule. — (Von der Murgtalbahn.) Ueber den Stand der Bauarbeiten an der Murgtalbahn wird dem „Grenzler“ mitgeteilt: Die Arbeiten an dem Bahnbau gehen dem Ende entgegen, der Oberbau ist so ziemlich auf

der ganzen Neubaustrecke fertiggestellt. Zwischen Kirchbaumgarten und Schönmünzach fehlen nur noch einige Meter. Diese Woche wird der Zusammenbau der beiden Schienenstränge Freudenstadt—Majster Reichenbach—Schönmünzach mit dem von Rastatt—Raumünzach—Kirchbaumgarten erfolgen. Die Verbindung der beiden Schienenstränge erfolgt auf badischer Seite. Der Brückenbau bei Schönmünzach steht der Vollendung entgegen. Die Betonierung wird dieser Tage erfolgen, so daß die Brücke bis zur Inbetriebnahme der Bahnlinie fertiggestellt sein wird. Die Bahnhöfe auf der alten Strecke Rastatt zu werden auf die Länge von 250 Meter vergrößert.

Darmstadt, 20. Juni. (Warnung vor einem Scheichwindler.) Die Hessische Staatsanwaltschaft erklärt im Interesse der einschlägigen Sparkassen, Banken und Geschäfte eine Warnung vor einem Schwindler, der seit einigen Wochen im Odenwald und an der Bergstraße sich bei Sparkassen und Banken auf verschiedene Namen unter Anzapfung geringer Beträge Scheckkonten eröffnet und Scheckhefte ausständig läßt. Mit diesen Scheckheften treibt er dann bei Geschäftleuten Schwindelbetriebe oder läßt sich Beträge vorstrecken. Der Täter ist etwa 28—30 Jahre alt. Beim Auftauchen eines ähnlichen Antragstellers bei Sparkassen und Banken ist es zweckmäßig, den Mann hinzuzuführen und die Polizei zu benachrichtigen.

Neufels a. d. Ober-, 20. Juni. (Sefnahme eines reisenden Scheichwindlers.) Am Dienstag versuchte in einem Industrieunternehmen ein elegant gekleideter Fremder, der für 200 Mark Ware gekauft hatte, auf einen von ihm in Zahlung gegebenen Scheck auf den Barmer Bankverein in Düsseldorf im Gesamtbetrag von 600 Mk. 400 Mk. in bar ausgezahlt zu erhalten. Als man Verdacht schöpfte und feststellte, daß der Scheck wertlos war, wurde der Fremde, der im Besitz großer Geldmittel war, festgenommen. Es sind ihm bereits 16 ähnliche Betrugsfälle nachgewiesen worden. Er nannte sich Ludwig Biegenwald aus Düsseldorf, in Berlin hat er unter dem Namen Wieser gearbeitet.

Besuchszahl badischer Kurorte.

Bis Mitte Juni belief sich die Besuchszahl der Kurorte in Baden-Waden auf 89 000. — In Badenweiler wurden in derselben Zeit 4475 Kurgäste gezählt, davon 725 Kurgäste und 808 Passanten. — Im Ruchaus und Sanatorium Bühlhöhe wurden 894 Kurgäste, davon 75 Ausländer gezählt. — In Gerrenalb betrug die Zahl der gemeldeten Kurpenden 8562. — In Freiburg wurden im Monat Mai 18 709 Uebernachtungen gezählt, gegenüber 11 944 im Jahre 1927.

Tagungen

Verbandsstagung badischer Gastwirte in Donaueschingen.

Am 19. Juni (erster Tag) vormittags tagten etwa 150 Wirte des Badischen Gastwirtsverbandes im Gasthaus zum „Sternen“. Die Beratungen hatten internen Charakter und beschäftigten sich mit der Geschäftsführung des Verbandes sowie Ständesfragen, außerdem hatte der Delegiertentag den Nachfolger für den verstorbenen Präsidenten des Badischen Gastwirtsverbandes zu wählen. Fast einhimmig ging an der Wahl zum Vorstand der bisherige stellvertretende Verbandsvorsitzende A. Knodel-Mannheim hervor. Am Abend fand in der fädelichen Festhalle ein festlicher Empfang statt, in dessen Dienst sich die Satalionskapelle sowie die Musik- und Gesangsvereine zur Verfügung gestellt hatten. Das Bankett galt in erster Linie der Begrüßung der erschienenen Festteilnehmer, ferner dem 50-jährigen Bestehen des Wirtsvereins Donaueschingen und Umgebung. Schließlich nahm der Landesverband Ehrungen verdienter Mitglieder vor. Ueber das 50-jährige Stiftungsfest des Wirtsvereins hatte der Fürst zu Fürstberg das Ehrenprotokoll übernommen, der auch am gestrigen Abend mit seinem Sohn an dem Bankett teilnahm. Ferner hatten sich die Spitzen der Donaueschinger Behörden eingefunden, sowie der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Reichstagsabgeordneter Köster, auch der Württembergische Gastwirtsverband hatte einen Vertreter entsandt. Der erste Vorsitzende des Wirtsvereins Donaueschingen und Umgebung begrüßte die Erstbesucher in herzlicher Weise und gab einen Ueberblick über die Geschichte des Vereins. Nach ihm sprach der Fürst zu Fürstberg. Der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes Köster hat insbesondere die naturländischen und erzieherischen Momente des Gastwirtsverbandes hervor. Darauf wurden verdienstvolle Mitglieder mit Urkunden des Deutschen Gastwirtsverbandes sowie silbernen Nadeln für 25-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet. Auch drei goldene Ehrenzeichen wurden überreicht. Vier Mitglieder des Verbandes wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Der eigentliche Verbandstag ist heute Vormittag.

Badische Landesweckerwerke

Ausgegeben am Mittwoch.

Allgemeine Witterungsbericht. Die Teillief haben sich als Randwirbel einen über dem Baltikum liegenden kräftigen Südostwind angegeschlossen, so daß ganz Europa nunmehr unter Tiefdruckeinfluß steht. Eine durchgreifende Besserung steht daher nicht in Aussicht.

Vorausichtliche Witterung für Donnerstag, den 21. Juni: Fortdauer der nachfolgenden Witterung; nur vorübergehend aufheiternd.

Wasserstand des Rheins vom 20. Juni, morgens 6 Uhr: Schifferinsel 245, gef. 1; Rehl 261, gef. 4; Wargau 537, gef. 9; Mannheim 442, gef. 4 Zentimeter.

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Badenia A.-G. für Verlag u. Druckerei

Rechenschaftsbericht für 1927.

Der Vorstand veröffentlicht folgenden Geschäftsbericht:

Im Jahre 1927 war es dank der lobenswerten Mitarbeit fast aller Betriebsangehörigen und rationeller geschäftlicher und wirtschaftlicher Massnahmen, sowie infolge anhaltend guter Beschäftigung trotz wesentlicher Steigerung einzelner Produktions- und Generalunkosten möglich, den Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahre noch zu steigern, so dass ungefähr das gleiche Gewinnergebnis erzielt werden konnte. Die im Verlage der Badenia erscheinenden Tageszeitungen konnten trotz vielfach politischer Verdrossenheit und andauernder Geldnot im allgemeinen ihre Auflage behaupten, die Anzeigenumsätze sogar weiter erhöhen. Redaktionell suchten wir den Inhalt stets den Zeit- und Konkurrenzverhältnissen anzupassen und noch mehr auszubauen. Es steht zu hoffen, dass in absehbarer Zeit eine ungünstige Veränderung nicht eintreten wird. Erfreulich und durchaus befriedigend war die fortschreitende Entwicklung des St. Konradblatt, das sowohl seine Bezieherzahl, wie auch die Anzeigenumsätze vermehren konnte. Auch die übrigen Verlagsobjekte entwickelten sich zufriedenstellend. Lediglich bei der Zeitungsbeilage „Sterne und Blumen“ trat infolge der teilweise sehr schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse bei den kleineren und mittleren katholischen Zeitungen ein etwa 15prozentiger Rückgang der Gesamtauflage ein, doch ist die Höhe der letzteren immer noch so, dass dieses Verlagsobjekt noch rentabel bleibt. Wir haben Mitte des Jahres 1927 von der Schwesterfirma Deutscher Tiefdruckverlag G. m. b. H. die gesamte technische Tiefdruckeinrichtung käuflich erworben und den Verlag wieder selbst übernommen. Das wesentlich höher ausgewiesene Ertragnis des Abonnementkontos ist hierauf zurückzuführen, ebenso die grössere Kreditorensumme, in der der gestundete Kaufpreis von rund RM. 70.000.— für die Maschinen usw. enthalten ist. Die Umsätze und das Ertragnis der Buch- und Formularverlagsabteilung waren ungefähr die gleichen wie im Vorjahre. Recht gut beschäftigt waren wir während des ganzen Jahres wieder in der Werk- und Drucksachenabteilung. Der Tiefdruck speziell setzt sich immer mehr durch und berechtigt zu schönen Zukunftsaussichten.

Der technische Betrieb wurde durch Aufstellung neuer Satz-, Druck- und Hilfsmaschinen in seiner Leistungsfähigkeit erheblich verbessert. Die gesamte technische Einrichtung, wie auch die Waren- und Materialvorräte wurden in vorsichtiger Weise bewertet.

Dem Vorschlage des Vorstandes entsprechend hat der Aufsichtsrat beschlossen, für die Betriebsangehörigen zwecks Unterstützung bei Invalidität und in besonderen Notfällen eine eigene Pensions- und Unter-

stützungskasse zu bilden, der laufend aus den Geschäftserträgen Zuwendungen gemacht werden sollen. Es wird beantragt, aus dem Gewinn des Jahres 1927 dem bereits vorhandenen Fond von RM. 5000.— neuerdings RM. 6000.— zuzuführen und denselben angemessen zu verzinsen. Wir glauben damit in weitgehendem Masse sozial gehandelt zu haben. Das Gesamtpersonal stieg von ca. 180 auf rund 200 Köpfe.

Die Umsätze betragen:

im Jahre:	1924	1925	1926	1927
890 780.—	1 387 312.—	1 453 344.66	1 627 329.82	
der Reingewinn:	66 857.19	49 719.38	61 576.41	60 870.84

Die vorliegende Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind von den bestellten Revisoren der Akt.-Ges. Badenia und einem Treuhänder geprüft und für richtig befunden worden. Mit dem Bericht des Vorstandes erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden; er hat demselben nichts hinzuzufügen.

Die Verteilung des im Geschäftsjahre erzielten Reingewinnes von RM. 60 870.84 schlägt der Aufsichtsrat wie folgt vor:

10% Gewinnanteil auf die	
Stamm- und Vorzugsaktien RM. 20.000.—	20.000.—
Zuweisung an Reservefond II.	10.000.—
Zuwendungen	21.000.—
Pensionsfond und Unterstüt-	
zungskasse	6.000.—
Vortrag auf neue Rechnung	3 870.84
	RM. 60 870.84

Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde Herr Fabrikant Theodor Wilhelm Herbst, Pforzheim, gewählt.

Der Liegenschaftsbericht der „Badenia“ besteht in den vier Anwesen: Adlerstrasse 42, Steinstrasse 17, 19 und 21.

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 20. Juni. Die heutige Börse bot, ebenso wie schon ihre Vorgänger, ein sehr ruhiges Bild, zeigte aber im Gegensatz zu der internationalen Flaute eine verhältnismässige Widerstandsfähigkeit. Die börsentechnische Situation des hiesigen Platzes wird durch seine stark verringerten Engagements wesentlich günstiger beurteilt als die Lage in New York und Brüssel. Viel Beachtung fanden die zahlreichen Insolvenzen, besonders an letzterem, doch hielt man die angeblichen Schwierigkeiten der Löwenstein-Gruppe für stark übertrieben und wollte von einer diesbezüglichen Erklärung derselben wissen. Ferner diente bei der herrschenden Geschäftsstille ein zum Glück glimpflich abgelaufener Autounfall Jakob Goldschmidts, wobei leider der Tod des Chauffeurs zu beklagen ist, das Gesprächsthema. Soweit überhaupt erste Notierungen zustande kamen, überwogen 1—prozentige Abschwächungen, zumal sich an der Zurückhaltung aussenstehender Kreise nichts geändert hat.

Stärker angeboten waren Voigt & Häfner, minus 12%, Stöhr auf die Erklärung der Verwaltung, dass mit einer Extraausschüttung nicht zu rechnen sei, minus 10 Prozent, Bemberg, minus 12, Deutsche Erdöl notierten heute exkl. Div. Zu Beginn etwas höher lagen Kaliwerte, Orenstein in Erwartung einer günstigen Bilanz, Eisenbahnverkehrsmittel und Dtsch. Ton- und Steinzeug. Bei letzteren scheint die starke Dividendensteigerung der Domnitzscher Ton (18 Proz. nach 10 Proz im Vorjahre) angeregt zu haben. Auch einige Maschinenwerte und Montanaktien waren etwas stärker beachtet. Im Verlaufe vergrösserte sich der Kreis etwas, da leichte Deckungen einsetzten, Banken und Schiffe hatten lebhafteres Geschäft, auch Chadeaktien konnten um 8 Mk. anziehen. Später verstimmte vorübergehend der weitere Rückgang der Kunstseidewerte. Die erzielten kleinen Gewinne gingen grösstenteils wieder verloren und die Kurse bewegten sich bei sehr ruhigem Geschäft etwa auf Anfangsniveau. Anleihen behauptet, Ausländer überwiegend etwas schwächer. Rumänen bis 1 Prozent gedrückt, sehr fest auf eine günstige Kammergerichtsentscheidung die 3 Proz. Raab-Oedenburg Gold mit 28 Proz. nach 25%. Pfandbriefmarkt still und überwiegend schwächer. Devisen bei kleinem Geschäft eher angeboten, Spanien weiter sehr schwach. Geldmarkt angespannter. Tagesgeld mit 6—7½ Prozent gefragt, sonst unverändert.

Frankfurter Börse

Frankfurt, 20. Juni. An der Abendbörse konnte sich wieder eine Erholung durchsetzen, da der festere Beginn der New Yorker Börse und die angeblich erneut vorhandene Beteiligung des Auslandes am Börsengeschäft ermutigend wirkten. Die Spekulation schritt verschiedentlich zu Rückkäufen und die Stimmung war daher freundlich. Aber nur in Spezialwerten nahm das Geschäft lebhaftere Formen an. J. G. Farben wurden 3 Proz., Siemens 3½ Proz., Gesele 2½ Proz., Kali Aschersleben 5 Proz. und Westeregeln 6½ Prozent höher lebhafter gehandelt. Am Kalkmarkt machte sich hierbei zeitweise Materialmangel bemerkbar. Im übrigen betrug die Kursgewinne bis zu 2 Proz. Die Rentenmärkte lagen still, aber ebenfalls eher etwas freundlicher. Im Verlauf wurde das Geschäft still, die anfangs bevorzugten Werte gaben zumeist etwas nach.

Warenmärkte

Landwirtschaftliche Produkte

Berliner Produktenotierungen

vom 20. Juni.

Weizen, märk. 248—250, pomm. 265—265,50, meckl. 264—263,50, schles. 264, Roggen, märk. 270—272, pomm. 267,75—267, meckl. 250,50, schles. 250,50, Sommergerste 245—266, Hafer, märk. 251—260, pomm. 252—254, meckl. 224.

Mais, waggonfrei ab Hamburg 239—242, Weizenmehl 31—35, Roggenmehl 35,25—38,25, Weizenkleie 16—16,25, Melasse 16,75—17,25, Roggenkleie 18—18,25, Viktoriaerbsen 50—62, kl. Speiseerbsen 35—40, Futtererbsen 24—25,5, Pelusken 24,50—26, Ackerbohnen 23—24, Wicken 25—28, Lupinen, blaue 14—15,50, gelbe 16 bis 17, Serradella, neue 23—28, Rapskuchen 18 bis 19, Leinkuchen 23—23,7, Trockenschnitzel 15,8—16, Sojaschrot 20,6—21,2, Kartoffelflocken 25,8—26.

Karlsruher Produktenbörse

vom 20. Juni.

Abteilung Mehl, Getreide und Futtermittel. Die allgemeine Weltmarktlage beeinträchtigte das Geschäft immer noch. Süddeutscher Weizen 27—28,50, Deutscher Roggen 29—29,50, Futtergerste je nach Qualität 22,75—24,75, Deutscher Hafer je nach Qualität 28—29, Platamais Bezugschlepppflichtig Junilieferung 25—25,50, Weizenmehl, Mühlenförderung 37—37,25, Roggenmehl, Mühlenförderung 39—39,50, Weizenfuttermehl 17—17,25, Spezialfabrikate entsprechend teurer, Weizenkleie, fein, per Juni 14,75—15, Weizenkleie, grob, per Juni 16—16,50, Biertreber je nach Qualität 17,50—18,25, Malzkeime je nach Qualität 17,50—18, Trockenschnitzel bei kleinem Angebot 16,25—16,75, Rapskuchen aus deut-

Schreibmaschinen-Postkarten

einzel mit und ohne Führungsstreifen mit gummierter Adressklappe empfiehlt zu billigem Preis

Badenia A.G., Karlsruhe

Steinstraße 17—21

scher Saat, lose, prompte Lieferung 18,25 bis 18,50, Erdnusskuchen, Mannheimer Fabrikate, lose, 22,75—23, Kokoskuchen 24—24,25, Sojaschrot, Mannheimer Fabrikate, mit Sack; vier letzte Positionen bei prompter Lieferung, spätere Termine teurer, 21—21,50, Speisekartoffeln, gelbfleischige, 11—12, weissfleisch. 7—8. — Rauhfuttermittel: Lössen Wiesenhau, gut, gesund, trocken, alte Ernte, 7,75 bis 8,25, Luzerne je nach Qualität, alte Ernte, 8,75—9,50, Weizenroggenstroh, drahtgepresst, 6,50—7. Alles per 100 Kilo, Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Roggenschnitzel ohne Sack, Frachtparität Karlsruhe, bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise, kleine Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten schliessen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten. — Weine und Spirituosen. Das dauernd nasskalte sonnenlose Wetter in unseren Produktionsgebieten für Obst und Wein löst bereits Zurückhaltung in den Angeboten aus.

Vieh

Der Schweinemarkt in Bühl am 18. Juni hatte eine Aufkuhr von 405 Ferkeln u. 23 Läufer Schweinen. Verkauf wurden 392 Ferkel und 24 Läufer Schweine. Es wurden bezahlt für Ferkel 26—60 Mk., für Läufer 75—135 Mk. pro Paar.

Dem Schweinemarkt in Engen am 18. Juni waren 78 Milchschweine zugeführt. Der Preis betrug 40—60 Mk. Der Handel war gut, verkauft wurden 68 Stück.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 19. Juni. Dem städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt 14 Ochsen, 34 Bullen, 300 Jungbullen (unv. 20), 313 (23) Jungrinder, 150 Kühe, 1060 Kälber, 2159 (130) Schweine, 3 Schafe. Erlös aus je 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 48—59, Bullen 45—51, Jungrinder 44 bis 61, Kühe 15—49, Kälber 56—70 (unv.), Schweine 61—67, Sauen 47—56 Mark. Marktverlauf: mässig belebt.

Metalle

Berliner Metallnotierungen

vom 20. Juni.

Elektrolytkupfer 139,50, Original-Hütten-Aluminium 190, desgl. in Walz- oder Drahtbaren 194, Reinnickel 350, Antimon-Regulus 90—95, Silber in Barren 81,25—82,25, Gold Freiverkehr per 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr per 1 Gramm 9,50—11.

Pforzheimer Edelmetallpreise vom 20. Juni. Ein Kilo Gold 2790 Mk. Geld, 2814 Mk. Brief, ein Kilo Silber 81 Mk. Geld, 82—83,50 Mark Brief, ein Gramm Platin 10 Mk. Geld, 10,75 Mark Brief.

Londoner Metallnotierungen

vom 20. Juni.

Kupfer: Tendenz flau, Standard p. Kasse 63½, Standard 3 Monate 63½, Standard Settl. Preis 63½, Elektrolyt 68¼—69¼, best selected 66¼—67¼, Elektrowirebars 69¼, Zinn: Tendenz flau, Standard p. Kasse 210½—210½, Standard 3 Monate 208½—208½, Standard Settl. Preis 210¼, Banka 214¼, Straits 211¼, Blei: Tendenz ruhig, ausland. prompt 20½, ausland. entft. Sichten 20, ausl. Settl. Preis 20½, Zink: Tendenz stetig, gewöhnl. prompt 25½, gewöhnl. entft. Sichten 25½, gewöhnl. Settl. Preis 25½, Quecksilber 22, Wolframetz 15½.

Börsenkurse vom 20. Juni 1928

Berliner Effekten

	19. Juni.	20. Juni.
Ablösg. m. Ausl. kl.	51,5	51,5
Ablösg. dto. gr.	54	54¼
Ablösg. ohne	18,5	18¼
6% Reichsanleihe	87,5	87,5
5% Badenkohl. Wanl.	15,95	16
5% Preuss. Kali	6,77	6,77
5% Preuss. Roggrtkb.	8,68	8,67
Schantungsbahn	6,2	6,1
Südd. Eisenbahnen	—	—
Baltimore	104	104
Hapag	169	166,5
Hambg. Südamerika	207,5	—
Hansa	212	210
Nordd. Lloyd	161¼	159¼
Danabank	280	275
Deutsche Bank	166½	167,5
Diskonto-Gesellschaft	165	164¼
Dresdner Bank	166	166,5
Reichsbank	279¼	276,5
Rhein. Kredit	129¼	129
Akkumulatoren	169,5	169¼
Adlerwerke	109¼	109
A. E. G.	178,5	175,5
Augsburg-Nürnberg	103¼	103¼
Bergmann	204	200
Berl.-Karlsruher Ind.	69¼	66¼
Brown-Boveri	162	162
Buderus	84	88,5
Chem. Albert	89	89
Daimler	114	114
Dtsch. Erdöl	142,5	135
Dtsch. Linoleumwerke	324,5	326
Dtsch. Maschinen	85	85¼
Dtsch. Petroleum	65—66	66
Eisenhandel	80¼	78¼
Dynamit Nobel	180	128
Dtsch. Wolle	56	56,5
Els.-Bad. Wolle	81,5	82
Eschweiler Bergwerk	205	201,5
Farbenindustrie	278¼	270¼
Feldmühle	242	241
Felten & Quilleaume	129¼	128,5
Gaggenau	32,5	32,5
Gelsenkirchen	140	140
Gesüfrel.	264	261¼
Goldschmidt	101	100
Gritzner	140	140
Guanowerke	71¼	71,5
Hammersen	159,5	159,5
Hannov. Maschinen	58	57
Harpener	159,5	159,5
Hirsch Kupfer	182¼	180
Holzmann	149,5	147¼
Hösch Eisen	141	140¼
Max Müdel	126	126

	19. Juni.	20. Juni.
Kali Aschersleben	248	242,5
Karlsruher Maschinen	—	—
Knorr Heilbronn	154,5	151
Klöckner	132	130¼
Kollmar & Jourdan	86	85¼
Lahmeyer	175	174
Leopoldgrube	78¼	78,5
Laurahütte	76	76
Lindes Eismaschinen	178	175¼
Ludwig Löwe	242¼	240
Mannesmann	187¼	188
Motoren Deutz	64	63¼
Oberbedarf	104¼	103
Oberkoks	115¼	113¼
Orenstein	125	124,5
Phönix	97	98
Rhein Stahl	160	158
Riebeck Montan	156	156,5
Schuckert	208¼	200¼
Siemens & Halske	352,5	349
Sinner	—	140
Stolberger Zink	182	178
Südd. Zucker	152,5	151
Svenska	469¼	466,5
Tuchfabrik Aachen	185¼	185
Ver. Ut. Nickel	175	174¼
Ver. Glanzstoff	679	670
Ver. Stahlwerke	98	98¼
Stahl Zypen	208,5	206,5
Wanderer	150	146
Westeregeln	258,5	253
Wieslocher Ton	98,5	98,5
Zellstoff Waldhof	305¼	303
Zellstoff-Verein	155	152¼
Concordia Spinnerel	182	180
Licht & Kraftv.	228,5	222

	19. Juni.	20. Juni.
Bayrische Motoren	279	274
Kronprinz Metall	120%	120¼
N. S. U.	68	65¼
Rhein-Elekt.	167	167

Berliner Devisen

	19. Juni.	20. Juni.
Buenos-Aires	1,760	1,784
Canada	4,168	4,176
Japan	1,948	1,952
Kairo	20,925	20,965
Konstantinopel	2,188	2,187
London	20,402	20,442
New York	4,1800	4,1880
Rio de Janeiro	0,501	0,508
Uruguay	4,266	4,274
Amsterdam	168,59	168,88
Athen	5,415	5,425
Brüssel	58,88	58,85
Danzig	81,50	81,66
Helsingfors	10,52	10,54
Italien	21,975	22,015
Jugoslawien	7,859	7,878
Kopenhagen	112,09	112,81
Lissabon	18,78	18,82
Oslo	111,94	112,16
Paris	16,425	16,465
Prag	12,388	12,408
Schweiz	80,585	80,745
Sofia	3,019	3,025
Spanien	68,98	69,07
Stockholm	112,19	112,41
Wien	58,825	58,945
Budapest	72,88	73,02

Amtl. Preisfestsetzung für Kupfer, Blei und Zink

(Reichsmark per 100 kg) Berlin, den 20. VI. 1928

	Kupfer, Tendenz: schwach			Blei, Tend.: abgeschw.			Zink, Tend.: instoslos		
	Bezahl.	Brief	Geld	Bezahl.	Brief	Geld	Bezahl.	Brief	Geld
1. Januar	—	126,50	126, —	—	41,75	41,50	—	49,75	49,50
2. Februar	—	126,50	126, —	—	41,75	41,50	—	49,75	49,50
3. März	—	126,75	126,25	—	42, —	41,50	—	49,75	49,50
4. April	—	126,75	126,50	—	42, —	41,75	—	49,75	49,50
5. Mai	—	126,75	126,50	—	42,25	42, —	49,50	49,75	49,50
6. Juni	—	126,75	126,50	—	41, —	40,50	—	51, —	50,25
7. Juli	—	126, —	125,25	—	41, —	40,75	—	50,75	50, —
8. August	—	126,50	125,50	—	41,25	41, —	—	50, —	49,75
9. September	—	126, —	125,50	—	41,25	41, —	—	50, —	49,75
10. Oktober	—	126, —	125,75	41,50	41,50	41,25	—	50, —	49,75
11. November	126, —	126,25	126, —	—	41,50	41,25	—	50, —	49,50
12. Dezember	126,25	126,25	126,25	41,50	41,50	41,50	—	50, —	49,50

Amthliches

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Ernann: Zum Gendarmerieoberwachmeister Gendarmeriehauptwachmeister Karl Luz in Marzell, Amt Müllheim. Gestorben: Regierungsrat Dr. Phil. Bauer beim Etat. Landesamt. Ministerium des Kultus und Unterrichts. Planmäßig angestellt: Die außerplanmäßige Pflegerin Elisabeth Ketterer an der psychiatrischen und Nervenklinik in Freiburg.

Spiel und Sport

Die Preise der Karlsruher Pferderennen

Die am nächsten Sonntag, den 24. Juni, auf den Rennwiesen bei Müppurr stattfinden, sind in einem Schaufenster der Auskunftsstelle II des hiesigen Verkehrsvereins in der Ritterstraße ausgestellt. Beachtung findet die Kristallbowle im Werte von 100 M., gestiftet vom Karlsruher Verkehrsverein für das Sinner-Flachrennen.

Die Herrenalber Sprudelgesellschaft stiftet für das Rennen der Alb ein Speisefest in Porzellan, 40teilig.

Der Preis für das Müppurrer Jagdrennen ist ein silberner Pokal, gestiftet vom Reichsverband für Jagd und Prüfung deutscher Warmblüter.

Dr. Thiergarten-Karlsruhe: 2 Kristallkaraffen für das Karlsruher Jagdrennen.

Schwarzwaldbreis: Delgemälde (Pferdekopf), gestiftet vom Karlsruher Rennverein.

Bad. Juchrennen: Ein Torpedofahrrad, gestiftet vom Bankhaus Strauß.

Marcellis-Preis: Ein silbernes Zigarettenetui, gestiftet vom Zigarettenfabrikanten Wagner-Müppurr.

Neuorganisation des Automobilklub von Deutschland (A.D.)

Die Körperschaftsmitglieder des Automobilklub von Deutschland, der Badische Automobilklub, Sitz Karlsruhe, und der Rheinische Automobilklub, Sitz Mannheim, haben in einer am Montag, den 18. Juni 1928 in Karlsruhe gemeinsam den A.D.-Verwaltungsbezirk Baden mit dem Sitz Karlsruhe konstituiert. Die Versammlung wählte zum Vorsitzenden des A.D.-Bezirks Baden den Präsidenten des Bad. Automobilklubs, Herrn Konrad Dr. Ing. h. c. Hermann Guhl, und zum Stellvertreter den Vorsitzenden des 1. Vorsitzenden des Rheinischen Automobilklubs, Herrn Baurat Dr. F. Kallinger. Zum Geschäftsführer der Bezirksgeschäftsstelle wurde der Generalsekretär des Badischen Automobilklubs, Herr Hoch, bestimmt. Die Bezirksgeschäftsstelle Baden des Automobilklub von Deutschland befindet sich ebenso wie die Hauptgeschäftsstelle des Badischen Automobilklub in Karlsruhe, Waldstraße 68, 2., Rufnummer 2711. Unterbezirksstellen befinden sich beim Rheinischen Automobilklub in Mannheim, dem Forstheimer Automobilklub Sektion des Badischen Automobilklub in Forstheim und beim Badischen Automobilklub Sektion Baden-Baden in Baden-Baden.

Annette von Droste-Gesellschaft. Eine große und anständige Gemeinde konnte die Gesellschaft am Sonntag, den 11. Juni, bei einer Gedächtnisfeier anlässlich des achtzigsten Todestages der Dichterin im alten Rathausaal der Stadt Münster veranstalten. Der Präsident der Droste-Gesellschaft, Universitätsprofessor Dr. Schöningh, verbreitete sich in seiner Begrüßungsansprache über die Aufgaben der neuen Vereinigung, über die Schaffung einer Droste-Bibliothek, der Gründung eines Droste-Museums und der Belebung des Forschungsbezirks „Annette und ihre Zeit“ soll die Anerkennung des dichterischen Werkes im Volke im Mittelpunkt der Bestrebungen stehen. Alsdann hielt Privatdozent Dr. Schulte-Remminghausen einen feisenden Vortrag über „Das Verhältnis Annettes zur westfälischen Heide“. Professor Ferdinand Gregori, Berlin, sprach in meisterhafter Vermittlungsweise über die Droste. Die Gedächtnisfeier wurde von musikalischen Darbietungen des städtischen Orchesters unter Leitung Dr. von Alpenburgs umrahmt.

Festschrift zu den Münchener Wagner- und Mozartsfestspielen. Wie in den Vorjahren hat die Generaldirektion der bayerischen Staatstheater auch zu den Sommerfestspielen 1928 eine Festschrift in deutscher und englischer Sprache erscheinen lassen (Schriftleitung: Direktor Dr. A. Baudner, Ausstattung: Professor Dr. E. Freytag). Der textliche Teil enthält nach einem Vorwort von Generalintendant Clemens Frhr. von Franckenstein Uebersichten über die Festspielveranstaltungen, den Hauptpersonalbestand der Staatstheater sowie die Gänge der Festspiele und folgende Abhandlungen: „Richard Wagner und wir“ von Hofrat Prof. Dr. Julius Ritter, Wien, „Mozart und die Gegenwart“ von Dr. Bernhard Baumgärtner, Direktor des Mozarteums in Salzburg, „Das Residenztheater“ von Hauptkonservator Dr. Adolf Feiler, München, „Das Prinzregententheater“ von Geheimrat Prof. Max Littmann, München. Der Bilderteil umfasst sechs Bühnenbilder von Leo Rajetti, gegen 200 Porträts (darunter eine geschlossene Reihe der darstellenden Künstler in Zivil und Kostüm), Aufnahmen von Orchester, Singchor und Tanzchor, endlich Proben aus dem Stückenbuch „Ring-Glossen“ von Kammermusik Emil Wagner. Die Festschrift ist durch die Tagespresse der bayerischen Staatstheater oder durch G. Hirsh Verlag Nachf. (Richard Strauss A.G.) München, Herrn Nr. 4-10 zu beziehen. Der Preis beträgt 2 M.

Letzte Meldungen

Um die amerikanische Präsidentschaft

Hoovers Kandidatur und die New Yorker Bankwelt. New York, 20. Juni. Der Washingtoner Korrespondent des „Journal of Commerce“ erfährt von einer Hoover nahestehenden Seite, daß der republikanische Kandidat entschlossen sei, in der Außenpolitik die Richtlinien der Plattform, die er selbst mit ausgearbeitet habe, genau zu befolgen. Hoover sei gegen den Wunsch der New Yorker Großbanken ernannt worden, denen seine starre Ablehnung einer Revision der Kriegsschulden und sein Widerstand gegen die Gewährung von Anleihen an ausländische Staaten nicht passe. Die Wallstreet habe sich im letzten Augenblick wohl oder übel der Demonstration für Hoover anschließen müssen, ohne daß jedoch der Kandidat den internationalen Bankiers irgend welche Zugaben gemacht hätte. Künftig akut werdende Fragen der internationalen Finanz werde Hoover — der als Quaker überzeugter Friedensfreund sei — stets daraufhin prüfen, ob eine Nachgiebigkeit in diesen Punkten nicht etwa den Militarismus in Europa stärke, anstatt in erster Linie zur wirtschaftlichen Erholung beizutragen.

Vom roten Militarismus

Luft-Abwehrmanöver in Petersburg

Moskau, 20. Juni. Gestern haben über Leningrad und Umgebung große Manöver der russischen Luftflotte begonnen, an denen nach dem Programm, das die Presse veröffentlichte, auch die Zivilbevölkerung sich bis zu einem gewissen Grade beteiligen soll. Die Flugzeuge sollen tagsüber und nachts überraschende Angriffe mittels Bomben und Gasen ausführen, deren sich die Bürger so gut als möglich erwehren sollen. Die Anleitung dazu wird ihnen von den Truppen gegeben, die als Garnison in der Stadt liegen. Besonders hartnäckig dürfte der Angriff auf die Zentralfabrik der Stadt durchgeführt werden, wo der „Feind“ Munitionserzeugung vermutet. In großer Zahl sind Automobile, Trams und Frachtwagen requiriert worden, um die Verteidiger mit Abwehrgeschützen nach den bedrohten Punkten zu dirigieren. Es werden auch Flugzeuge zur Bekämpfung der Angreifer aufsteigen.

Politische Reflexe zum Berliner Droschenfahnenbesuch

(Eigener Bericht.)

Paris, 20. Juni. Die Berliner Sensationspresse des Mittelkonzerne hatte über den Empfang des Berliner Droschenfahners Hartmann in Paris in einer Aufmachung berichtet, als ob es zu förmlichen politischen Annäherungsgesprächen gekommen sei und als ob das Pariser Publikum vor Begeisterung und Freude kaum zu halten gewesen sei. Die Dinge haben sich jedoch ganz anders zugetragen. Politische Reflexe dieses Besuches sind zu verzeichnen. Vor allen Dingen muß festgestellt werden, daß die große Mehrheit der Pariser Zeitungen ihr Bestmögliches getan hat, um von vornherein jede Begeisterung zu dämpfen, die spontan vielleicht in dem ohnehin nicht leicht zu begeisterten Pariser Publikum hätte entstehen können. Zu wiederholten Malen haben sie das historische Wort „Nach Paris!“ aus der Zeit des Klud'schen Vormarsches nach der französischen Hauptstadt zitiert, als ob der Fiaker Hartmann auch zu einer Art „Marché auf Paris“ ausgezogen sei. Im „Echo de Paris“ ist das sogar bildmächtig dargestellt worden, indem der alte Berliner vor den Lorens von Paris durch die „Taxis der Marne“ aufgehalten wird! Kurz vor der Ankunft Hartmanns wandte sich die „Liberté“ in einem Aufruf an die Bürger von Paris, damit sie nicht „narrisch“ werden sollten wegen eines Deutschen. Es bestelle noch immer die „deutsche Gefahr“, noch immer müsse der „Sicherheits“ Frankreichs das Rheinland besetzt gehalten werden. „Denk an Klud und an die feinerzeitige Gefahr!“ Der Feind sei den gleichen Weg durch Belgien gezogen, den Hartmann gewählt habe usw. Man wisse nicht, welche Rolle dieser Berliner während des Krieges gespielt habe usw. Paris ist notorisch chauvinistisch, und die Linkspresse hat kaum eine Verbreitung in der Hauptstadt. Ueber wohlwollende Neugier hinaus hat es denn auch die Pariser Bevölkerung, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen, nicht gebracht. Und die Neugier galt, wie der „Figaro“ schreibt, nicht dem angekommenen Berliner, sondern dem Boten aus der alten Zeit, die hinter Motorwagen und Flugmaschinen vollständig verschwindet.

Schieberei im Belorader Parlament

Kabitsch's Kasse gestört. Budapest, 20. Juni. Nach einer Meldung aus Belgrad kam es heute Mittag in der

Stupschina zu großen Tumulten. Der radikale Abgeordnete Runja Racie zog einen Trommelrevolver und gab auf die Reihen der Raditsch-Partei mehrere Schüsse ab. Paul Raditsch, der Neffe des kroatischen Bauernführers Stefan Raditsch, wurde von einer Kugel tödlich getroffen. Die Abgeordneten der Bauernpartei, Dr. Bernar und Dr. Vajaricsek, wurden schwer verletzt. Runja Racie wurde von den Saalbedienern der Polizei übergeben. Seit Mittag 1/2 Uhr ist jede telefonische Verbindung mit Belgrad unterbrochen.

Amerika will Italien kein Geld mehr geben

(Eigener Bericht.)

Mailand, 20. Juni. Aus Berichten der italienischen Presse ergibt sich, daß „zum Nachteil des faschistischen Italien in den Vereinigten Staaten ein Rügenfeldzug im Gange“ sei, dem nun mit einer großzügigen Propaganda entgegengetreten werden soll. Die schon erwähnte Entsendung des Deputierten Sanjaneli, eines Hauptführers der Faschistenpartei, nach Amerika soll der Propaganda entgegengetreten, als ob in Italien eine „Diktatur“ bestehe, die sich um das Parlament nicht mehr kümmern wolle. Zum Wortführer des Faschismus wurde auch der frühere Korrespondent des „Corriere della Sera“, Barzini, ernannt, der in den Vereinigten Staaten ein Tagblatt „Corriere Italiano“ herausgibt und erst dieser Tage die Mitgliedsliste des Faschismus erhalten hat. Ihm sind auch beträchtliche Mittel für das Nachrichtenwesen zur Verfügung gestellt worden, denn der amerikanische „Corriere“ hat einen Nachrichtenendienst, um den ihn europäische Großstadtdienste beneiden dürften. Jetzt ist auch noch der Generaldirektor der „Banca Commerciale“, Toeplitz, in den Vereinigten Staaten eingetroffen, um auf die amerikanischen Finanzkreise einzuwirken. Der „Secolo“ läßt das Gerücht aufkommen, daß die amerikanischen Banken in der letzten Zeit zurückhaltender geworden seien, weil ihnen Verurteilungen wegen eines „angriffslustigen und friedentörenden“ Italien beigebracht worden seien. Von wem wohl? Anscheinend von offizieller englischer Seite her, die damit am besten die italienischen Gelüste am Jügel hält. Die unerwartet friedfertige außenpolitische Rede Mussolinis im Senat dürfte einzig und allein auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß Amerika Italien kein Geld mehr gibt, weil in Amerika verschiedene Dinge verstimmt haben.

Reichspräsident von Hindenburg in Hannover

Hannover, 20. Juni. Reichspräsident von Hindenburg ist heute Morgen in Begleitung von Ministerialrat Dr. Döhle im Salonwagen auf dem hiesigen Hauptbahnhof eingetroffen, um die Eröffnung der Strecke Hannover (Mißburg) — Reine (Hildesheim) des Mittelrandkanals vorzunehmen. Zu dem Empfang am Bahnhof hatten sich Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch, Staatssekretär Gutbrod, Ministerialdirektor Göhre, sowie die Spitzen der Behörden unter Führung von Oberpräsident Noske eingefunden. Der Reichspräsident bestieg sofort nach seiner Ankunft, vom Publikum lebhaft begrüßt, den Kraftwagen und begab sich mit den ihn begleitenden Herren zunächst nach Hildesheim, um der alten historischen Stadt einen Besuch abzustatten.

Ein Erdstoß am Mittelrhein

Udernaach, 20. Juni. Gestern abend gegen halb 9 Uhr wurde hier ein Erdstoß verspürt. In den wenigen festen Häusern war der Stoß ziemlich empfindlich bemerkbar. Möbelstücke schwankten, Fenster Scheiben klirrten. Der Stoß, der von donnerartigem Getöse begleitet war, dauerte einige Sekunden an. Die gleichen Erscheinungen wurden nach übereinstimmenden Berichten auch in der Umgebung von Udernaach im Kreise Mayen und in der Vorderpfalz bemerkt.

Eine völkische Bank in Konkurs

Berlin, 20. Juni. Laut „Vorwärts“ steht die „Mittelstands- und Kreditbank“ in Berlin, Magdeburgerplatz, vor dem Konkurs. Die völkische Bank wurde im Juni v. J. gegründet. Als Gründer traten mehrere Rechtsradikale auf. Die Bank sollte mithelfen, die völkischen Klänge Hitlers zu unterstützen. Die Bank hat es im Laufe eines halben Jahres verstanden, 300 Geschäftsleute zu finden, die sich in Bankverbindungen mit ihr einließen. Jeder dieser 300 Geschäftsleute muß nach dem Zusammenbruch dieser Bank damit rechnen, daß er sein Geschäft ruiniert, um die Summen aufzutreiben die er nach dem Haftpflichtgesetz für die Schulden dieser Bank zu zahlen hat.

Nationalsozialistische Würdenträger

Berlin, 20. Juni. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Göppels hatte sich

gestern vor der Berufsstrafkammer des Berliner Landgerichts II wegen des Ueberfalls auf den Pfarrer Stude zu verantworten. In der ersten Verhandlung wurde Dr. Göppels zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Gestern wurde nun folgendes Urteil verkündet: Dr. Göppels wird mit 600 Mark Geldstrafe oder zu 60 Tagen Gefängnis bestraft.

Zuchthausstrafen wegen Zollunterschlagungen

Danzig, 20. Juni. Gestern wurde vor dem erweiterten Schöffengericht das Urteil gegen den Oberzollsekretär Paul Maerk, Oberzollsekretär Georg Meyer und Zolloberwachmeister K u t h e r gefällt, die sich wegen der anfangs dieses Jahres aufgedeckten großen Zollunterschlagungen bei der Oberzollkasse, bei denen nach Ansicht des Staatsanwalts mindestens 70 bis 80 000 Gulden unterschlagen worden sind, zu verantworten hatten. Maerk wurde wegen Beiseiteführung von Urkunden in Tateinheit mit Unterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und zehntausend Gulden Geldstrafe, sowie Verurteilung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Kuther wurde zu einem Jahr Zuchthaus und tausend Gulden Geldstrafe, sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Urteil gegen Meyer lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und tausend Gulden Geldstrafe, sowie drei Jahre Ehrverlust. Bei allen drei Verurteilungen gelten die Geldstrafe und zwei Monate als durch Untersuchungshaft verbüßt. Dieser Prozeß war nur der Vorläufer des zweiten größeren Prozesses gegen den früheren Oberzollsekretär Obermeit, der am 10. Juli beginnt.

Kirchliche Nachrichten

Die Jahresversammlung des Bonifatiusvereins zu Mainz am 18. Juni 1928.

Zu der diesjährigen Generalversammlung des Bonifatiusvereins waren 52 Vertreter aus allen deutschen Diözesen in Mainz, der alten Bonifatiusstadt, zusammengekommen. Außer dem hochw. Herrn Bischof Dr. Hugo von Mainz nahmen die hochw. Herren Bischöfe Dr. Schmidt-Gubda, Dr. Schreiber-Meichen, Dr. Spöhl-Rottenburg, Weihbischof Dr. Senger-Wamburg und der hochw. Administrator der Grenzmark, Präfident Kaller, an den Beratungen teil. An den beiden vorhergehenden Tagen fanden Sonderberatungen der Bischofsräte des Bonifatiusvereins der höheren Schulen und eine erneuerte Sitzung statt, in der, wie im Vorjahr, über die wichtige Frage der Spar- und Ersatzbauten eingehend berichtet wurde. Der Ernst und die Gründlichkeit, mit der diese Frage vom Bonifatiusverein behandelt wird, ist eingeleitet von der großen Kirchennot in den weiterentwickelten Gemeinden, aber auch getragen von dem Verantwortungsgefühl gegenüber den Mitgliedern und Wohltätern des Vereins, die zum großen Teile der ärmeren Volksschicht angehören. Am Sonntag wurden in allen Kirchen der Stadt von den Versammlungsmitgliedern Predigten gehalten. Die überaus reichlichen Opfer der Gläubigen befanden herzliches Mitgefühl mit der Not der Diözesanathleten. In der großen Festversammlung am Nachmittag in der „Lieberkeil“ hielt Prälat Gröber-Weisburg, der Vorsitzende des Bonifatiusvereins, mit hinreichender Schmunzeln eine meisterschaftsartige Festrede.

Die Tagung selbst wurde eingeleitet durch ein Bonifikalamt des hochw. Herrn Diözesanbischofs in der St. Bonifatiuskirche. Der Präsident des Bonifatiusvereins, Geheimrat von Malindob, Münster, leitete mit großem Geschick die lebhaften Verhandlungen und wußte die umfangreiche Tagesordnung in der knapp bemessenen Zeit zu erledigen. Der Vizepräsident Geißl, Rat Schäfers, Paderborn, gab den Bericht über das verfloßene Arbeitsjahr. Bei dem Referat über die Steigerung der Einnahmen wurden eingehend die Bonifatiusfrage erörtert, die von den Diözesanathleten in dem Gebiet der Patendörfer beantragt werden sollen. Die Versammlung war sich darin einig, daß durch diese neue Art von Bonifatiusfragen die von den Diözesanpriestern auf eigene Hand beantragten Diözesanpatente keineswegs beseitigt werden. Die Aussprache über die Vorzugsobjekte schloß wieder mit einem Vertrauensvotum für den Generalvorstand, nach Ermessen und Willen die Liste aufzustellen. Die Diözesanathleten hatten 19 sehr dringliche Objekte für die bevorzugende Bewilligung vorgebracht. Dabei kann der Fonds der Vorzugsobjekte nur ungefähr 330 000 Mark ausreichen — ein durchschlagender Grund, daß der Verein auf sparsame Bauweise drängen muß. Die alte Frage, ob der Bonifatiusverein auch Gemeinden mit mehr als ein Drittel katholischer Bevölkerung unterstützen dürfe, wurde aus grundsätzlichen Bedenken und wegen der untragbaren Konsequenzen abgelehnt. R. Desiderius Breitenstein D.S.M., der frühere Generalsekretär, der seit Jahren von seinen Ordensoberen abberufen ist, betont die Notwendigkeit, vom Schutze der Diözesanathleten aus die Altersversorgung der vom Staat nicht mehr übernommenen Diözesanathleten zu regeln. Beifällig nahm die Versammlung Kenntnis, daß 860 Gemeinden durch den Verein im Berichtsjahr mit würdigen Paramenten ausgestattet werden konnten. Eine andere Art fächeriger Unterstützung wird von den Jungfrauenkongregationen mit gleichem Erfolg geübt. Zum letzten Weihen Sonntag hatten durch Vermittlung des Bonifatiusvereins 289 Kongregationen ebensoviel arme Diözesanathleten mit selbstgefertigten Kleidungsstücken aus. Am Dienstag nach der Generalversammlung wurde eine Hundsfahrt durch die heilige Diözesan gemacht. Für die nächste Generalversammlung nahm man Regensburg in Aussicht, weil 1929 vor 80 Jahren der Bonifatiusverein in Regensburg gegründet wurde.

Amtliche Anzeigen.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Rudolf Diefer jr. in Karlsruhe wurde nach erfolgter Befristung des Vergleichs vom 30. Mai 1928 aufgehoben.

Im Städt. Vierordtbad sind die Wannenbäder, Dampf- u. elektr. Lichtbäder und Kurbäder geöffnet.

Dr. med. Clauss, Arzt für Erkrankungen der Brustorgane hat seine Praxis wieder aufgenommen.

Zur Jahrhundertfeier des sel. Bernhard von Baden erschien soeben: Das Edelweiß von Hohenbaden oder Bernhardsbüchlein für Jugend und Volk.

Wanzen, Käfer, Ratten, Mäuse vertilgt radikal m. Garantie u. bill. Berechnung.

Sämtliche Farben, Lacke gebrauchsfertig für Anstriche aller Art.

Bedeutende Wein-Grosshandlung zur Lieferung von Messwein autorisiert.

Reise-Vertreter Jüngere Herren - welche über gute Verkaufstaleute verfügen - bieten sich eine gut fundierte Lebensstellung.

Luffal-Linze blüht die Linze! Trägt sich spielend an!



Diamant Adler-/Prestogritzer-Fahrräder Nähmaschinen

Patentröste und Matratzen mit Rosshaar, Schlaraffia-, Kapok-, Woll- und Seegrass-Füllung.

F. Griesbaum Tapeziermeister Ludwig-Wilhelmstr. 11

Schweiger's Eigene Schlafzimmer im Juni enorm billig

Kinderwagen Kaufhaus Karlsruhe, Kriegsstrasse 80

Matratzen Seegr., Woll-, Kapok- u. Arbeit, schöne Duelle billig

Coupé-Koffer in allen Preislagen und Ausführungen

Ludwig Schweisgut Karlsruhe i. B. Erbsenstrasse 4

Badische Lichtspiele

Konzerthaus Heute 20.15 Uhr letzte Vorführung

Zirkus Pat und Patachon

Freitag, d. 22. bis Donnerstag, d. 28 Juni, jeweils 20.15 Uhr, Samstag u. Mittwoch auch 16 Uhr.

'Petronella'

(Rivalen der Berge) Eine Episode aus dem Leben des Schweizer Volkes zur Franzosenzeit (1801) nach dem gleichnamigen Roman von Joh. Jegerlehner.

In den Hauptrollen: Maly Delschaft, Wilh. Dieterich, Theod. Loos.

Musikbegleitung Preise und Ermässigungen wie üblich.

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstrasse und Büro Beierheimer-Allee 10.

Sämtliche Zubehör- u. Selbstanfertigung v. Lampenschirmen Gestelle: 35 cm Durchm. v. 0.75 M. an

Restaurant & Café „Zum Sinner-Eck“ Tel. 836, 837 Baden-Baden Leopoldplatz

COLOSSEUM Heute abend 7 1/2 Uhr bei günstiger Witterung im Garten

Schlafzimmer-Bilder 22 Bld. Bilder für alle Räume. Einrahmungen

Kauft bei unseren Ankerrenten! Tränen lachen Sie, lesen Sie die Briefe aus der Residenz

Pianos auf Teilzahlung bei Ph. Holtenstein Sohn Karlsruhe - Soltenstr. 8

Sofort Darlehn b. Ratenrückzahlung durch E. Dieke, Magdeburg, Fürsten- u. Fürstent. 18. Tel. 42522

Hochsommer-Hüte für Damen u. Kinder

Ein Spezial-Angebot von ganz besonderer Preiswürdigkeit

- Ein gr. Posten garn. Damenhüte nur modern geflechte, Formen u. Farben 6.50 4.50 2.75

HERMANN TIETZ

STADTGARTEN Samstag, den 23. Juni, 20-23 Uhr: Johannistfeier

PFERDERENNEN DES KARLSRUHER RENNVEREINS Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2.30 Uhr

Badisches Landesbühnen-Theater. Donnerstag, 21. Juni D. O. (Donnerstagmiete)

Badischer Schwarzwaldbundverein Ortsgruppe Karlsruhe. Heute abend 8 Uhr in den Colosseum-Gaststätten

Darmstädter Hof Karlsruhe - Erbaut 1752 d. bekannt gute u. bürgerliche Speise-Restaurant